



HESSEN



Bericht aus Brüssel

05/2022 vom 11.03.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	11
Wirtschaft.....	12
Verkehr.....	15
Energie.....	16
Digital.....	17
Forschung.....	18
Finanzdienstleistungen.....	20
Finanzen.....	21
Soziales.....	23
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	24
Umwelt.....	28
Landwirtschaft.....	30
Justiz.....	31
Inneres.....	33
Bildung und Kultur.....	35
Information, Kommunikation und Medien.....	37
EU-Förderprogramme.....	37
Veranstaltungen.....	39
Vorschau.....	40

Europäischer Rat; informeller Gipfel am 10./11.03.2022

Auf Einladung des FRA-Präsidenten Emmanuel Macron als amtierenden Ratspräsidenten und des Präsidenten des Europäischen Rates (ER), Charles Michel, kamen die EU-Staats- und Regierungschefs am 10./11.03.2022 zu einem informellen ER in Versailles (FRA) zusammen. Der Gipfel sollte ursprünglich einen wirtschaftspolitischen Fokus haben und sich mit den Herausforderungen des digitalen und ökologischen Übergangs bis 2030 befassen. Angesichts des Krieges in der Ukraine standen – neben der Stärkung der wirtschaftlichen Basis in Europa – aber die Themen europäische Verteidigung und Reduzierung der Abhängigkeiten im Energiebereich im Vordergrund. Der ER verabschiedete die „Erklärung von Versailles“. In der Präambel wird die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine scharf verurteilt. Russland wird aufgefordert, seine Militäraktion einzustellen und sämtliche Streitkräfte und militärische Ausrüstung unverzüglich und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen. Die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen der Ukraine müsse gewährleistet werden. Der ER bekräftigt seine Solidarität mit der Ukraine, die „man nicht allein lassen“ werde. Die EU werde weiterhin Hilfe und später Unterstützung für den Wiederaufbau einer demokratischen Ukraine leisten. Auch sei man entschlossen, „den Druck auf Russland und Belarus noch weiter zu erhöhen“, und bereit, „rasch weitere Sanktionen zu verhängen“. Allen Kriegsflüchtlingen biete man vorübergehenden Schutz. Entsprechende Mittel sollen durch den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (CARE) und über REACT-EU bereitgestellt werden. Mit Blick auf den Antrag der Ukraine auf eine EU-Mitgliedschaft vom 28.02.2022 erklärte der ER, man erkenne die „europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa, wie sie im Assoziierungsabkommen dargelegt sind“, an, und verweist auf seinen Auftrag an die Kommission, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Bis zu der Stellungnahme werde man „unverzüglich“ die Beziehungen weiter stärken und die „Partnerschaft vertiefen, um die Ukraine auf ihrem europäischen Weg zu unterstützen“. Die Ukraine sei „Teil unserer europäischen Familie“. Die Staats- und Regierungschefs haben sich in der Erklärung ferner für eine Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten (einschließlich einer substanziellen Erhöhung der Verteidigungsausgaben), die schrittweise Beseitigung der Abhängigkeit von russischem Gas, Öl und Kohle sowie eine Stärkung der wirtschaftlichen Basis durch Verringerung von Abhängigkeiten (kritische Rohstoffe, Halbleiter) und der Erleichterung von Investitionen und Finanzierungen ausgesprochen. Nach der Tagung nannte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2027 als Zieldatum für die Beseitigung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen und kündigte ein viertes Sanktionspaket an. Der nächste reguläre ER findet am 24./25.03.2022 in Brüssel statt. Für Mai 2022 wurde eine außerordentliche Sitzung des ER zum Thema Verteidigung angekündigt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/03/10-11/>

Kommission; Sondierung für Initiative zum Europäischen Statistischen System

Am 21.02.2022 ist die Sondierung für die Initiative zur Zukunftsvorbereitung im Europäischen Statistischen System gestartet; sie wird bis zum 21.03.2022 laufen. Mit der Initiative soll besser auf den veränderten Informationsbedarf und die Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer des Statistischen Systems eingegangen werden. Gleichzeitig wird der Rechtsrahmen für EU-Statistiken an die europäische Datenstrategie angepasst. Der Verordnungsvorschlag sieht vor, das Potenzial von neuen Datenquellen besser zu nutzen, um eine bessere Reaktionsfähigkeit des statistischen Systems zu erreichen. Dabei sollen auch neue Rollen im neu entstehenden Datenökosystem festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13332-Zukunftsvorbereitungen-im-Europaischen-Statistischen-System_de

C o r o n a

Rat; Rat stimmt Verhandlungsaufnahme zu internationalem Pandemievertrag zu

Am 03.03.2022 nahm der Rat einen Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen über eine internationale Übereinkunft über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion an. Durch den Beschluss wird die Kommission ermächtigt, in Angelegenheiten aus dem Zuständigkeitsbereich der Union internationale Übereinkünfte über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion auszuhandeln. Das Verhandlungsmandat kann bei Bedarf überarbeitet und weiterentwickelt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>

EP; FEMM; Coronapandemie hat schwerwiegende Folgen für Frauen

Anlässlich des Weltfrauentages am 08.03.2022 wurde eine vom EP unter Frauen durchgeführte Eurobarometer-Umfrage am 04.03.2022 veröffentlicht. Dort wurde nach konkreten Auswirkungen der Pandemie auf verschiedene Lebensbereiche von Frauen gefragt. Im Ergebnis steht fest, dass die COVID-19-Pandemie Frauen und Mädchen durch die Zunahme von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie durch eine gestiegene Belastung durch Pflege und Betreuung unverhältnismäßig stark betroffen hat.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2712>

A u ß e n – u n d V e r t e i d i g u n g s p o l i t i k

Rat; Kommission; Beitrittsanträge von Ukraine, Georgien und Moldau

Die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau haben Ende Februar/Anfang März 2022 den Beitritt zur EU beantragt. Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ leitet grundsätzlich den Prozess zur Erweiterung der EU und die Beitrittsverhandlungen ein und überwacht sie. Wenn ein Land den Beitritt zur EU beantragt hat, ersucht der Rat die Kommission, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Mit den Beschlüssen des Rates wird ein Verfahren zur technischen Bewertung eingeleitet, in dessen Verlauf festgestellt wird, ob das Land alle erforderlichen Kriterien für die Einstufung als offizielles Bewerberland für die Mitgliedschaft in der EU erfüllt. Anschließend können förmliche Beitrittsverhandlungen eingeleitet und erfolgreich abgeschlossen werden. Alle Beschlüsse, die der Rat über die Bewertung der Fortschritte der Bewerberländer trifft, sowie die Verleihung des Status als Beitrittskandidaten erfordern die Zustimmung aller Mitgliedstaaten (MS) der EU (Einstimmigkeitsprinzip). Der Rat hat die Kommission nun ersucht, zu den Anträgen von Ukraine, Georgien und der Republik Moldau Stellung zu nehmen. Die Kommission kann in der Stellungnahme den MS der EU dann empfehlen, einem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/11/statement-of-the-heads-of-state-or-government-on-the-russian-aggression-against-ukraine-10-03-2022/>

Europäischer Rat; Erstes Sanktionspaket gegen Russland

Am 25.02.2022 hat der Europäische Rat in einer Sondersitzung angesichts der russischen Invasion in der Ukraine weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Die Staats- und Regierungschefs haben Strafmaßnahmen gegen Russland in den Bereichen Energie, Finanzen und Transport sowie Export- und Visa -

Beschränkungen abgestimmt. Auch die Vermögen von Putin sowie von seinem Außenminister Lawrow wurden eingefroren.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022D0327&qid=1646926866796&from=DE>

Kommission / Rat; EU und weitere Staaten erklären SWIFT-Ausschluss russischer Banken

Am 27.02.2022 haben sich USA, FRA, Kanada, IRL, GBR, die EU-Kommission und DEU auf eine gemeinsame Linie beim Ausschluss russischer Banken vom SWIFT-System verständigt. Die Banken, die bereits von der internationalen Gemeinschaft sanktioniert wurden, werden vom internationalen Zahlungssystem ausgeschlossen. Ferner hat der Europäische Rat am 28.02.2022 ein zweites Sanktionspaket gegenüber Russland auf den Weg gebracht. Der europäische Luftraum wird für russische Flugzeuge gesperrt und ein Transaktionsverbot mit der russischen Zentralbank sowie die Einfrierung ihrer Vermögenswerte in der EU beschlossen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_1423
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2022:057:FULL&from=DE>

Kommission; Kommission stellt eine Milliarde Euro für Ukraine über Friedensfazilität bereit

Kommissionspräsidentin von der Leyen gab am 01.03.2022 bekannt, dass die EU einerseits 500 Mio. EUR für die Verteidigung der Ukraine bereitstellen wird. Erstmals in ihrer Geschichte wird die EU Mittel für die Verteidigung eines Drittstaates auszahlen. Das Geld soll über die EU-Friedensfazilität zur Verfügung gestellt werden. Andererseits werden weitere 500 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt gezahlt, um die humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen und die Aufnahme-Länder zu unterstützen, die mit den Flüchtlingen umgehen müssen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_1483

Europäischer Rat; Sanktionen gegenüber Belarus

Am 02.03.2022 hat der Europäische Rat Sanktionen gegenüber 22 ranghohen Angehörigen der belarussischen Streitkräfte beschlossen. Die Sanktionen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten sowie das Verbot, den in der Liste aufgeführten Personen und Organisationen Gelder bereitzustellen. Darüber hinaus wurden Handelsbeschränkungen gegen Belarus für Güter verhängt, die für die Herstellung oder Verarbeitung von Tabakerzeugnissen, mineralischen Brennstoffen, bituminösen Stoffen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen, Kaliumchlorid (Pottasche), Holzprodukten, Zementerzeugnissen, Eisen- und Stahlerzeugnissen und Gummiwaren verwendet werden. Weitere Beschränkungen wurden auch für die Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie von bestimmten fortgeschrittenen Gütern und Technologien, die zur militärischen, technologischen sowie verteidigungs- und sicherheitspolitischen Entwicklung von Belarus beitragen könnten, beschlossen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R0355&qid=1646928680309&from=DE>

Kommission; Borrell verurteilt russische Medienzensur und Inhaftierungswelle

Am 03.03.2022 hat der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell die russische Medienzensur und brutale Niederschlagung der friedlichen Anti-Kriegs-Proteste auf das Schärfste verurteilt. Am Vortag waren die Medienanstalten Moskauer Echo und TV Rain sowie die Websites einer Reihe anderer unabhängiger Medienorganisationen verboten worden. Insgesamt seien seit Kriegsbeginn 7.600

Antikriegsdemonstrantinnen und -demonstranten aus 120 Städten gefangengenommen worden. Borrell lobte den Mut der russischen Bürgerinnen und Bürger, sich trotz Zensur und Repression öffentlich gegen den Krieg zu stellen, sowie die unabhängigen russischen Medien und NGOs, die die „Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit verteidigen“.

https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/112128/russia-statement-high-representative-josep-borrell-media-censorship-and-crackdown-peaceful_en

Kommission; Josep Borrell trifft Chinas Außenminister

Am 07.03.2022 hat der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell den chinesischen Außenminister Wang Yi bei einem virtuellen Treffen gesprochen. Der Hohe Vertreter äußerte seine Dankbarkeit für die Position Chinas im UN-Sicherheitsrat, bei der China seine allgemeine Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität aller Nationen geäußert hatte. China glaube fest an die Nichtverletzung von Grenzen und biete sich als Vermittler in dem Konflikt an. Beide Seiten stimmten darin überein, dass eine große humanitäre Krise unbedingt verhindert werden müsse. Borrell wies auf die russischen Angriffe auf Zivilisten und die Verletzung des Völkerrechts und anderer internationaler Gesetze hin. Er bat China um Unterstützung bei der Errichtung von humanitären Korridoren, die die Evakuierung der ukrainischen Zivilbevölkerung ermöglichen sollen.

https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/112342/china-high-representativevice-president-borrell-spoke-state-councillorforeign-minister-wang_en

Kommission; EU will Energieunabhängigkeit von Russland bis 2030

Am 08.03.2022 hat die Kommission ihren Plan vorgelegt, wie Europa noch vor 2030 unabhängig von russischen Energielieferungen werden soll. Die Kommissionsvorschläge beinhalten die Diversifizierung der Gasversorgung, die Einführung erneuerbarer Gase, die Beschleunigung der Einführung von Wasserstofftechnologien sowie den Ersatz von Gas in der Wärme- und Stromerzeugung. Ziel ist es zudem, die Nachfrage nach russischem Erdgas bis Ende 2022 um zwei Drittel zu senken. Langfristig soll verstärkt Flüssigerdgas (LNG) als Alternative zu russischen Lieferungen genutzt werden. Unternehmen, die stark von hohen Energiepreisen betroffen sind, können auf gelockerte Beihilferegeln setzen und Unterstützung erhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1511

Europäischer Rat; Ausweitungen der SWIFT-Sanktionen gegen Russland und Belarus

Am 09.03.2022 haben sich die EU-Staaten auf verschärfte Sanktionen gegen Russland und Belarus geeinigt. Drei belarussische Banken werden aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen. Um Schlupflöcher in den bisherigen drei Sanktionspaketen zu schließen, wurden Vorschriften zu Kryptowährungen und Exportverbote für bestimmte Technologien ergänzt. Gegenüber Russland werden neue Beschränkungen für die Ausfuhr von Seeschiffahrts- und Funkkommunikationstechnologie eingeführt. Das Russische Schiffsregister wurde in die Liste der staatseigenen Unternehmen aufgenommen, für die Finanzierungsbeschränkungen gelten. Zusätzlich kamen hunderte Personen und eine Reihe von Organisationen neu auf die Liste der EU-Strafmaßnahmen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R0398&qid=1646928680309&from=DE>

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 07.-10.03.2022 in Straßburg

Die Sicherheitslage des Kontinents nach der russischen Aggression gegen die Ukraine

Am 09.03.2022 debattierten die MdEP mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell über die Rolle Europas in einer sich ändernden Welt und die Sicherheitslage des Kontinents nach der russischen Aggression gegen die Ukraine. Zu Beginn der Debatte legte EP-Präsidentin Roberta Metsola dar, was die EU als nächstes tun muss, um auf die russische Invasion und die Versuche des Kremls zu reagieren, die europäische Sicherheitsordnung zu destabilisieren: „Wir müssen unsere Investitionen in Verteidigung und innovative Technologien erhöhen. Wir müssen nun entschlossen voranschreiten, um die Sicherheit aller Europäer zu gewährleisten. Es ist an der Zeit, eine echte Sicherheits- und Verteidigungsunion aufzubauen und unsere Abhängigkeit vom Kreml zu verringern. Was wir bisher an europäischer Zusammenarbeit, Solidarität und Einigkeit gesehen haben, ist beispiellos - und muss das Konzept für unsere Zukunft sein.“ Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas forderte eine „Politik der intelligenten Eindämmung“. Sie betonte die Notwendigkeit, dass die EU „härter und schneller darauf drängt, unsere Energieabhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern“ und die europäische Verteidigung „Hand in Hand mit der NATO“ zu stärken. In Bezug auf die Zukunft der Ukraine sagte sie: „Es liegt nicht nur in unserem Interesse, der Ukraine eine Beitrittsperspektive zu geben, sondern es ist auch unsere moralische Pflicht, dies zu tun. Die Ukraine kämpft nicht für die Ukraine, sie kämpft für Europa. Wenn nicht jetzt, wann dann?“ Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell betonte seinerseits, dass der andauernde Krieg „Spuren in der Geschichte hinterlassen wird“ und dass die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger nun endlich gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Energieabhängigkeit von Russland zu verringern. Dazu gehöre auch, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, „dass unsere Lebensweise einen Preis hat“. Europa wird Opfer bringen müssen, um auf Russland zu reagieren. Die Folgen dieses Krieges werden langanhaltend sein und die europäische Politik auf Jahre und Jahrzehnte hinaus prägen, sagte er. Während der Debatte waren sich MdEP Arnaud Danjean (EVP/FRA), MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP), MdEP Nathalie Loiseau (RN/FRA), MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU), MdEP Jaak Madison (ID/EST), MdEP Anna Fotyga (ECR/POL), und MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) in der Verurteilung des russischen Überfalls einig. In ihren Beiträgen verwiesen die MdEP auf die gescheiterten Bemühungen der EU, ihre Verteidigungskapazitäten zu stärken. Sie begrüßten den neuen Strategischen Kompass zur Gewährleistung der Sicherheit in der EU und drängten auf einen gemeinsamen Vorstoß, um die Europäische Verteidigungsunion voranzubringen, forderten jedoch Anstrengungen aller Mitgliedstaaten, um ihre Zusagen in die Tat umzusetzen. Sie betonten auch die Notwendigkeit, dass die EU weniger russisches Gas und Öl nutzt, mehr in grüne Technologien und Energiespeicherung investiert und ein angemessenes Migrationssystem für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Aufteilung der Verantwortung einführt. Einige MdEP wiesen darauf hin, dass Investitionen in Sicherheit mehr bedeuten als nur Ausgaben für das Militär, sondern zum Beispiel auch die Unterstützung kritischer Infrastrukturen, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen und die Beschleunigung des grünen Wandels. Andere forderten wirksamere Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Oligarchen, mehr Steuertransparenz und die Verlangsamung des Wettrüstens. Ministerpräsidentin Kaja Kallas erklärte in ihren Abschlussbemerkungen, sie könne Forderungen nach einem sofortigen Boykott von russischem Öl und Gas verstehen,

sie seien aber angesichts der Abhängigkeit einiger Länder nicht realistisch. Sie verwies auf BUL, das zu 100% von russischem Gas abhängig sei.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-03-09-ITM-006_DE.html

Krieg in der Ukraine: Debatte zur Bewertung der Lage und Flüchtlingskrise

In einer Plenardebatte 08.03.2022 mit Ministerin Brigitte Klinkert für die französische Ratspräsidentschaft und Kommissarin Ylva Johansson zur Lage der Flüchtlinge hoben die MdEP die dramatische humanitäre und Flüchtlingssituation hervor, die durch den russischen Angriff auf die Ukraine entstanden ist. Sie lobten die Staaten an den besonders betroffenen EU-Außengrenzen für ihr bisheriges außerordentliches Engagement, warnten jedoch, dass langfristig eine nachhaltige Solidarität in der gesamten EU erforderlich sein wird. Die Redner verurteilten einstimmig die russische Aggression gegen die Ukraine. Kommissarin Ylva Johansson betonte den außerordentlichen Druck auf die Staaten, die an die Ukraine grenzen: POL, HUN, SLO und ROM sowie außerhalb der EU die Republik Moldau. Die EU hat sich der Herausforderung gestellt, als der Rat einstimmig den vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge, einen Notfallmechanismus, aktivierte und durch die Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und des Roten Kreuzes, die vor Ort tätig sind, sowie durch die Bereitstellung von 500 Mio. Euro an humanitärer Hilfe EU-weite Solidarität zeigte. Die MdEP begrüßten auch die rasche Reaktion der EU, die den Schutz der aus der Ukraine fliehenden Menschen sicherstellt. Sie forderten ausreichende Finanzhilfen, um die Unterstützung mittel- und langfristig aufrechtzuerhalten. Einige Redner wünschten sich konkrete Fortschritte bei der Reform der Migrations- und Asylvorschriften der EU, andere betonten, dass alle Flüchtlinge, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, den gleichen Schutz benötigten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-03-08-ITM-009_DE.html

Sanktionen und Aufklärung entscheidend im Kampf gegen ausländische Einmischung

Fehlende EU-Maßnahmen, Sanktionen und Sensibilisierung erleichtern böartigen ausländischen Akteuren, Einfluss auf die Funktionsweise der Demokratie in der EU zu nehmen, stellen die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) fest. Der Bericht wurde am 09.03.2022 mit einer Mehrheit von 552 - 81 - 60 angenommen. Der Sonderausschuss des EP zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformation, hat untersucht, wie böswillige ausländische Akteure Informationen manipulieren und demokratische Prozesse in der EU unterwandern. Dabei kam er zu dem Schluss, dass diese Akteure ohne Angst vor Konsequenzen Wahlen beeinflussen, Cyberangriffe durchführen, ehemalige hochrangige Politikerinnen und Politiker anwerben und die Polarisierung der öffentlichen Debatte vorantreiben können. Der Bericht des Sonderausschusses zeigt, dass vielen nicht bewusst ist, wie stark sich ausländische Mächte einmischen und Informationen manipulieren – vor allem Russland und China. Gesetzeslücken und mangelnde Abstimmung der Mitgliedstaaten untereinander verschärfen dieses Problem. Im laufenden Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die russische Regierung bewiesen, dass „selbst Informationen als Waffe eingesetzt werden können“, da Russland „Falschinformationen von beispielloser Heimtücke und in beispiellosem Ausmaß“ verbreitet, um seine Bürgerinnen und Bürger im eigenen Land und die internationale Gemeinschaft zu täuschen. Das EP begrüßt das kürzlich eingeführte EU-weite Verbot von russischen Propagandasendern wie Sputnik TV und RT. Das Parlament fordert von der EU u.a. eine gemeinsame Strategie gegen ausländische Einmischung und Desinformationskampagnen. Nötig seien etwa gezielte

Sanktionen in diesem Zusammenhang. Die EU müsse auch Organisationen der Zivilgesellschaft einbeziehen. Diese sollten das Bewusstsein der Öffentlichkeit schärfen und allgemeine Informationen verbreiten, wie es etwa Organisationen in Taiwan erfolgreich getan haben. Außerdem sollten sie aufzeigen, wie wichtig länderübergreifende Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern ist. Organisationen, die ausländische Staatspropaganda verbreiten, müsse man nötigenfalls die Lizenz entziehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0064_DE.html

Konditionalitätsregelung zur Rechtsstaatlichkeit: Folgen des EuGH-Urteils

In einer am 10.03.2022 mit einer Mehrheit von 478 - 155 - 29 angenommenen Entschließung begrüßen die MdEP das Urteil des EuGH vom 16.02.2022, mit dem die von Ungarn und Polen gegen die Konditionalitätsverordnung erhobenen Klagen abgewiesen wurden, sowie die Schlussfolgerungen des Gerichtshofs, dass die Verordnung im Einklang mit dem EU-Recht steht und die Zuständigkeiten der EU in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten bestätigt werden (siehe gesonderten Beitrag unter „Justiz“).

EU-weites Verbot von „goldenen Pässen“ und gemeinsame Regeln für „goldene Visa“

Am 09.03.2022 forderte das EP die Kommission im Rahmen des Berichts von MdEP Sophie in 't Veld (RN/NDL) auf, bis zum Ende ihrer Mandatsperiode einen Vorschlag für ein Verbot der Praxis, Staatsbürgerschaften im Gegenzug für Investitionen zu vergeben vorzulegen. Der Text wurde mit einer Mehrheit von 595 - 12 - 74 angenommen. Das EP betont, dass die Verleihung der Staatsbürgerschaft im Gegenzug für Investitionen dem Wesen der Unionsbürgerschaft zutiefst zuwiderlaufe, denn sie mache die damit verbundenen Rechte für Drittstaatsangehörige käuflich. Die entsprechende Praxis einiger Mitgliedstaaten (MS) bezeichnen die MdEP als „Trittbrettfahren“. Sie würden nämlich etwas verkaufen, was nie als Ware gedacht gewesen sei. Diese Staaten hätten auch Anträge bewilligt, die nicht den Voraussetzungen entsprochen hätten. Damit ginge man Risiken ein, weshalb das EP fordert, diese so genannten „goldenen Pässe“ schrittweise abzuschaffen. Die Vergabe von Aufenthaltsrechten als Gegenleistung für Investitionen brächte weniger Risiken mit sich. Dennoch seien EU-weite Regeln nötig, um Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung den Riegel vorzuschieben. Das EP schlägt unter anderem Folgendes vor: strenge Überprüfungen der Bewerberinnen und Bewerber und ihrer Angehörigen sowie ihrer Finanzierungsquellen, verpflichtenden Abgleich mit Datenbanken der EU und Überprüfungsverfahren in Drittländern, Meldepflicht für MS, einschließlich Benachrichtigung anderer EU-Staaten und Rücksprache mit ihnen, sodass sie Einwände erheben können, ein Mindestmaß an tatsächlichem Aufenthalt als Voraussetzung für Bewerberinnen und Bewerber sowie aktive Beteiligung, Qualität, Mehrwert und Beitrag zur Wirtschaft als Voraussetzung für ihre Investitionen. Das EP begrüßt die Maßnahmen, zu denen sich die MS verpflichtet haben, um den Verkauf der Staatsbürgerschaft an regierungsnahen russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger einzuschränken und fordert alle MS auf, ihre Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsregelungen für Investoren für alle russischen Antragsteller mit sofortiger Wirkung einzustellen. Die MdEP fordern die MS nachdrücklich auf, alle genehmigten Anträge russischer Staatsangehöriger der letzten Jahre neu zu bewerten und sicherzustellen, dass „keine russische Person mit finanziellen, geschäftlichen oder sonstigen Verbindungen zum Putin-Regime ihre Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsrechte behält“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0065_DE.html

Neue EU-Vorschriften für Batterien: Verhandlungsposition des EP

Das EP hat am 09.03.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Simona Bonafè (S&D/ITL) seine Position zu neuen Vorschriften für den gesamten Produktlebenszyklus von Batterien mit einer Mehrheit von 584 - 67 - 40 beschlossen. Verhandlungen mit den EU-Regierungen können nun beginnen (siehe gesonderten Beitrag unter „Umwelt“).

Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2030

Die MdEP haben am 10.03.2022 das EU-Umweltprogramm bis 2030 gebilligt, das den Übergang der EU zu einer klimaneutralen, sauberen, kreislauforientierten und wohlhabenden Wirtschaft beschleunigen soll. Mit einer Mehrheit von 553 - 130 - 7 bestätigte das EP die im Dezember 2021 mit dem Rat erzielte Einigung über das achte Umweltaktionsprogramm (UAP) der EU, das die Umweltpolitik der EU bis 2030 leiten und an den Europäischen Green Deal angleichen soll. Das achte UAP legt sechs prioritäre thematische Ziele für 2030 fest. Es sieht den schrittweisen Auslauf der Nutzung fossiler Brennstoffe und von umweltschädlichen Subventionen durch die Schaffung eines verbindlichen Rahmens zur Überwachung der Fortschritte der Mitgliedstaaten und zur Berichterstattung darüber vor.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0067_DE.html

Bekämpfung des strukturellen Rassismus

In einer am 08.03.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Salima Yenbou (GRÜNE/FRA) mit einer Mehrheit von 495 - 109 - 92 angenommenen Entschließung fordern die MdEP, dass Medien keine stigmatisierenden Darstellungen mehr verbreiten, die Angehörige bestimmter ethnischer oder rassischer Gruppen entmenschlichen. Kritisiert wird beispielsweise die Darstellung von Migranten als Ursache für wirtschaftliche und soziale Probleme. Die MdEP schlagen vor, Medien nicht mehr durch nationale oder EU-Gelder zu finanzieren, wenn die zuständigen Behörden feststellen, dass diese Medien Hassreden und Fremdenfeindlichkeit fördern (siehe gesonderten Beitrag unter „Bildung und Kultur“).

EP fordert Strategie zur Anerkennung der Rolle der Zivilgesellschaft

Nach einer Plenardebatte am 07.03.2022, in der die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen und Bedrohungen durch Putins Aggression in der Ukraine erörtert wurde, stimmten die MdEP am 08.03.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Anna Júlia Donáth (RN/HUN) mit einer Mehrheit von 526 - 115 - 54 für Vorschläge, die der Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Europa entgegenwirken sollen. Die Vorschläge des EP drehen sich um drei Schlüsselbereiche: ein günstiges rechtliches und politisches Umfeld, das frei von abschreckenden Effekten, Drohungen und Angriffen ist; nachhaltiger und diskriminierungsfreier Zugang zu den Ressourcen und ziviler Dialog und Beteiligung an der Politikgestaltung. Das EP unterstreicht die kontinuierliche Verschlechterung der zivilgesellschaftlichen Freiheiten (auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie) sowie die Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, ein günstiges Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen (CSO) zu gewährleisten. Im Bericht werden physische und verbale Angriffe auf Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen verurteilt. Er betont, dass insbesondere diejenigen, die im Bereich der Migration tätig sind, nicht kriminalisiert werden sollten. Der Bericht fordert einen „europäische[n] Index für den zivilgesellschaftlichen Raum“ und eine umfassende Strategie für die Zivilgesellschaft, die unter anderem gemeinsame rechtliche und administrative Mindeststandards für zivilgesellschaftliche Organisationen in der gesamten EU und ein Statut für europäische grenzüberschreitende Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen

umfassen sollte. Die Finanzierung durch die Europäische Union sollte flexibler gestaltet und mehr Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0056_DE.html

Drei neue Ausschüsse zu Pegasus-Spähsoftware, ausländischer Einmischung und COVID-19

Das EP hat am 10.03.2022 drei neue Ausschüsse eingesetzt, die sich mit dem Einsatz von Spähsoftware durch EU-Regierungen, böswilliger ausländischer Einmischung und den Lehren aus der Pandemie befassen sollen. Auf Vorschlag der Konferenz der Präsidenten (Präsidentin Roberta Metsola und Fraktionsvorsitzende) billigte das Plenum den Aufgabenbereich, die Anzahl der Mitglieder und die Amtszeit der neuen Ausschüsse. Ab der konstituierenden Sitzung wird jeder neue Ausschuss zwölf Monate Zeit haben, um seine Empfehlungen auszuarbeiten.

Pegasus-Spionageprogramm

Der 38-köpfige „Untersuchungsausschuss zur Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und gleichwertiger Spähsoftware“ wird mutmaßliche Verstöße gegen EU-Recht beim Einsatz der Überwachungssoftware unter anderem in HUN und POL untersuchen. Der Ausschuss wird sich mit den bestehenden nationalen Gesetzen zur Überwachung befassen und untersuchen, ob die Pegasus-Spähsoftware zu politischen Zwecken, beispielsweise gegen Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, eingesetzt wurde.

Ausländische Einmischung

Der „Sonderausschuss über ausländische Einmischung in alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation II“ baut auf der Arbeit seines gleichnamigen Vorgängers auf, dessen Amtszeit am 23.03.2022 endet. Der neue 33-köpfige Ausschuss wird bestehende und geplante EU-Rechtsvorschriften in einer Reihe von Bereichen auf Schlupflöcher untersuchen, die von Drittländern für böswillige Zwecke ausgenutzt werden könnten.

COVID-19-Pandemie

Der 38-köpfige Sonderausschuss zum Thema „COVID-19-Pandemie: Lehren und Empfehlungen für die Zukunft“ wird die europäische Reaktion auf die Pandemie in den Bereichen Gesundheit, Demokratie und Grundrechte, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die globalen Beziehungen der EU untersuchen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0069_EN.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; 9. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte

Am 03./04.03.2022 fand in Marseille (FRA) das neunte Europäische Gipfeltreffen der Regionen und Städte statt. Der Gipfel stand im Zeichen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Es wurde eine Erklärung verabschiedet, in der zur Auslösung des Katastrophenschutzmechanismus durch die EU aufgerufen wurde, um geflüchtete ukrainische Zivilisten nach Ankunft in der EU unterstützen zu können und humanitäre Hilfe gegenüber ukrainischen Städten zu leisten. Insbesondere wurde die EU dazu aufgerufen, die östlichen EU-Grenzregionen bei der Versorgung von ukrainischen Flüchtlingen zu unterstützen. Alle ukrainischen Ankömmlinge sollten den Flüchtlingsstatus nach dem EU-Asylrecht im Schnellverfahren erhalten. Außerdem wurde das Marseiller Manifest verabschiedet, in dem die EU dazu aufgerufen wurde, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und den Lebensstandard zu verbessern. Die EU müsse durch ihr demokratisches System gestärkt werden. Das sollte in jeder Region, jeder Stadt und jedem Dorf gelebt werden. Regionen, Provinzen, Städte und

Dörfer sollten zu einem unteilbaren Teil des Entscheidungsfindungsmechanismus innerhalb des derzeitigen Vertragsrahmens wie auch im Falle einer Vertragsänderung werden.

<https://cor.europa.eu/en/engage/brochures/Documents/The%20Marseille%20Manifesto%20of%20local%20and%20regional%20leaders%20-%20Europe%20starts%20in%20its%20regions,%20cities%20and%20villages/cor-2022-00926-00-01-info-tra-de.pdf>

Wirtschaft

Kommission; Konsultationen im Kartellrecht

Am 01.03.2022 leitete die Kommission eine Konsultation zu den Horizontal-Gruppenfreistellungsverordnungen sowie zu einem Entwurf der überarbeiteten Horizontal-Leitlinien ein. Zielsetzung dieser Vorschläge ist die Anpassung der geltenden Vorschriften an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 10 Jahre. Die Änderungsvorschläge beinhalten unter anderem eine erleichterte Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, die Gewährleistung eines kontinuierlichen wirksamen Wettbewerbs und die Straffung und Aktualisierung des Verwaltungsaufwands. Die Konsultationsfrist endet am 26.04.2022.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1371

Rat; Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Kohäsionspolitik

Am 01.03.2022 trafen sich die Ministerinnen und Minister für Kohäsionspolitik, um über den achten Kohäsionsbericht zu diskutieren. Dabei wurde die Rolle der Kohäsionspolitik beim Ausgleich des Wohlstandsgefälles zwischen Mitgliedsstaaten (MS) und die Antizipation der Veränderungen im Bereich des demografischen, ökologischen und digitalen Wandels betont. Unter anderem wurde über den Stellenwert der Folgen des Klimawandels bei zukünftigen Finanzierungsprogrammen der EU diskutiert, da diese laut dem aktuellen Bericht teilweise nur in unzureichendem Maße berücksichtigt werden. Außerdem forderten die MS mehr Flexibilität bei der Verwendung von EU-Mitteln, um die Folgen der Ukraine-Krise optimal bewältigen zu können. Abschließend gab der Rat vor, das Ziel einer innovationsorientierten Politik weiterzuverfolgen, Investitionen unter Achtung des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen zu tätigen, regionale und soziale Unterschiede besser zu berücksichtigen und den Zugang zu Finanzmitteln für stark benachteiligte Regionen zu erleichtern.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/presse-mitteilung-informelles-treffen-der-fur-die-kohasionspolitik-zustandigen-minister/>

Kommission; Wirtschaftliche und soziale Herausforderungen durch COVID-19

Am 01.03.2022 hat die von Paolo Gentiloni, Kommissar für Wirtschaft und Währung, im Januar 2021 einberufene hochrangige Gruppe von Akademikerinnen und Akademikern zur Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie ihren Bericht veröffentlicht. Die Forschungsgruppe sollte u.a. die Auswirkungen der Pandemie auf die Realwirtschaft und -gesellschaft sowie auf die Finanzsysteme erforschen, Ferner sollte sie die Rolle des privaten und des öffentlichen Sektors bei der Förderung von Investitionen und einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft untersuchen. Schließlich sollte sie Stellung nehmen zum Stellenwert der europäischen Werte in der internationalen Arbeitsteilung und zu den Veränderungen in der Gesellschaft und den Arbeitsmustern. Dabei sprach sich die Forschungsgruppe für eine „triple transition“ der EU auf folgenden Ebenen aus: Umwelt und Klima, digital und sozial. Der vor dem russischen

Angriffskrieg fertiggestellte Bericht hob durch kurze Anmerkung hervor, dass im Lichte der Krise eine Energietransition zwecks Verringerung strategischer Abhängigkeiten sowie eine Verteidigungsunion gemeinsam mit der NATO nunmehr umso wichtiger seien.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/hlg_report_en.pdf

Kommission: Mitteilung über das europäische Wachstumsmodell

Die Kommission hat am 02.03.2022 eine Mitteilung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer grünen, digitalen und resilienten Wirtschaft: unser europäisches Geschäftsmodell“ vorgelegt. Die Mitteilung geht bereits in ihrer Einleitung auf die sich rasch verschlechternde geopolitische Lage im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine ein. Die koordinierte Reaktion der Union und ihrer internationalen Partner zeige, wie die Union zusammenarbeiten kann, um die gemeinsamen Herausforderungen der Union anzugehen und Frieden und Stabilität sowie eine regelbasierte internationale Ordnung und einen wirksamen Multilateralismus zu fördern. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine zeige andererseits, dass die EU ihre Widerstandsfähigkeit erhöhen und strategische Kapazitäten in Bereichen wie Energie, Verteidigung und Cybersicherheit aufbauen müsse. Zudem sei eine Stärkung der Risikomanagement- und Krisenreaktionsfähigkeiten erforderlich. Die sich verschlechternde geopolitische Lage bestätige auch, dass der laufende wirtschaftliche Wandel in der Union beschleunigt werden müsse. Damit die grüne und digitale Transformation gelingen kann, setzt die Kommission sich zudem für einen gerechten Wandel ein, der auf eine inklusive Art und Weise erfolgen müsse. Neben der Umverteilung von Arbeitskräften in und zwischen den Wirtschaftszweigen müssten Bildung und Kompetenzen im Mittelpunkt stehen. Das Wachstumsmodell Europa brauche eine starke soziale Dimension.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/com_2022_83_1_en_act_part1_v5_0.pdf

Kommission; Sondierung zur Marktüberwachung – Verfahren für die Benennung von EU-Prüfeinrichtungen

Am 02.03.2022 startete die Kommission eine Sondierung über eine Durchführungsverordnung zu den Prüfkapazitäten nationaler Marktüberwachungsbehörden. Die Marktüberwachung ist ein wichtiger Pfeiler eines fairen und gut funktionierenden Binnenmarkts. Durch die EU-Prüfeinrichtungen sollen Laborkapazitäten verbessert, sowie die Zuverlässigkeit und Kohärenz von Prüfungen im Rahmen der Marktüberwachung innerhalb der EU erreicht werden. Die Sondierung endet am 30.03.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13236-Marktuberwachung-Verfahren-fur-die-Benennung-von-EU-Prufeinrichtungen_de

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

Am 02.03.2022 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie ein. Hintergrund sind unvollständige Anforderungen in der geltenden Spielzeugrichtlinie. Künftig sollen unter anderem mehr chemische Stoffe als schädlich eingestuft und der Anwendungsbereich der Richtlinie auch auf Spielzeuge mit einer Altersbeschränkung von über 36 Monaten ausgeweitet werden. Außerdem sollen strengere Grenzwerte für Schadstoffe eingeführt werden. Besonders im Hinblick auf neue Risiken, welche durch die Erhebung personenbezogener Daten durch mit dem Internet verbundene Spielzeuge entstehen, sollen Regelungen geschaffen und ergänzt werden. Die Konsultation endet am 25.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13164-Schutz-von-Kindern-vor-unsicherem-Spielzeug-und-Starkung-des-Binnenmarkts-Überarbeitung-der-Spielzeugrichtlinie_de

Rat; Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Entwicklung

Am 07.03.2022 fand in Montpellier ein informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Entwicklung in der EU statt. Neben Diskussionen über die Entwicklungspolitik Europas fand auch eine Bestandsaufnahme und Bewertung der bisher umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine statt. Weitere Themen waren die geopolitische Bedeutung der Politik der EU für die internationale Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Erhalt der Biodiversität im Rahmen der Entwicklungspolitik und die Unterstützung der EU bei der Suche nach nachhaltigen Ernährungssystemen.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/das-informelle-treffen-der-ministerinnen-und-minister-fur-entwicklung-der-europaischen-union/>

Kommission; Genehmigung der Übernahme von GETEC durch IIF Int'l

Am 03.03.2022 genehmigte die Kommission die Übernahme der deutschen G+E GETEC Holding GmbH (GETEC) durch die auf den Kaimaninseln ansässige IIF Int'l Holding L.P. (IIF Int'l) nach der EU-Fusionskontrollverordnung. Das Vorhaben wurde im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens geprüft. Der GETEC Konzern mit einer Niederlassung u.a. im hessischen Eschborn bietet Heizungs-, Kühlungs- und Stromsysteme sowie Energiedienstleistungen in mehreren europäischen Mitgliedsstaaten an. IIF Int'l ist ein auf Infrastrukturinvestitionen spezialisierter Investmentfonds. Nach Auffassung der Kommission ist die geplante Übernahme wettbewerbsrechtlich unbedenklich, da sich die Tätigkeiten der beteiligten Unternehmen auf denselben oder verbundenen Märkten nur geringfügig überschneiden.

https://ec.europa.eu/competition/mergers/cases1/202210/M_10568_8208896_60_3.pdf

Rat; Konferenz des Ministerrats zum Bau- und Wohnungswesen

Am 07./08.03.2022 trafen sich die Ministerinnen und Minister des Bau- und Wohnungswesens der Mitgliedstaaten (MS) sowie Branchenvertreterinnen und -vertreter und Kommissionsmitglieder in Nizza. Sie verabschiedeten einstimmig eine Erklärung, in der sie der Baubranche für die Erreichung der Klimaziele in die Pflicht nehmen und hervorheben, dass eine bessere europäische Zusammenarbeit in diesem den einzelnen MS obliegenden Themengebiet dringend erforderlich ist. Den EU-Bürgerinnen und Bürgern soll qualitativ hochwertiger Wohnraum, der gut an die Infrastruktur angebunden ist, angeboten werden. Gleichzeitig soll eine Kreislaufwirtschaft im Wohnungswesen erreicht und das Phänomen der städtischen Zersiedlung begrenzt werden. Zudem wurde festgelegt, ukrainischen Flüchtlingen unter guten Bedingungen die Aufnahme in die jeweiligen MS zu ermöglichen und gemeinsam mit der Kommission Maßnahmen zur Koordinierung von Aufnahmemodalitäten und zur Ermittlung von Kapazitäten in engem gegenseitigen Austausch zu ergreifen.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-27-eu-mitgliedstaaten-die-europaische-kommission-und-die-akteure-des-wohnungswesens-verblichen-sich-zum-okologischen-wandel-in-der-baubranche-fur-hochwertigen-bezahlbaren-und-umweltfreundlichen-wohnraum/>

Kommission; Verordnungsvorschlag „CARE – Kohäsionsmaßnahmen für Flüchtlinge in Europa“

Am 08.03.2022 veröffentlichte die Kommission einen Verordnungsvorschlag für eine Kohäsionsmaßnahme für Flüchtlinge in Europa. Ziel des Vorschlags ist es, den Mitgliedsstaaten (MS) und Regionen die Unterstützung von aus der Ukraine flüchtenden Menschen zu erleichtern. Dafür sollen die kohäsionspolitischen Vorschriften für den Zeitraum 2014-2020 die notwendige Flexibilität erhalten, um noch verfügbare Mittel schnellstmöglich auf Soforthilfen umwidmen zu können. Darüber hinaus können die für 2022 vorgesehenen Mittel in Höhe von 10 Mrd. EUR aus der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) für diese neuen Anforderungen verwendet werden vor dem Hintergrund des allgemeinen Ziels des Wiederaufbaus nach der Pandemie. Aufgrund der hohen Dringlichkeit sollen die Maßnahmen rückwirkend ab dem Zeitpunkt des Beginns der militärischen Aggression Russlands förderfähig sein.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022PC0109&from=EN>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Änderung der Führerscheinrichtlinie

Am 25.02.2022 startete die Kommission eine Konsultation zur Änderung der Führerscheinrichtlinie. Zielsetzung ist die Überarbeitung der Richtlinie aus dem Jahr 2006, um die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern, die Freizügigkeit zu erleichtern und neue digitale Herausforderungen anzunehmen. Eine Änderung der Richtlinie soll zu den in der Strategie für intelligente und nachhaltige Mobilität aus dem Jahr 2020 festgehaltenen Zielen der EU beitragen. Die Konsultationsfrist endet am 20.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12978-Überarbeitung-der-Führerschein-richtlinie_de

Kommission; Konsultation zur grenzüberschreitenden Durchsetzung der Straßenverkehrsvorschriften

Am 25.02.2022 startete die Kommission eine Konsultation zur Änderung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Durchsetzung der Straßenverkehrsvorschriften. Diese Änderungen sollen das grenzüberschreitende Durchsetzungsverfahren weiter verbessern und eine faire Behandlung von Verkehrssündern gewährleisten. Die Frist der Konsultation endet am 20.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2131-Cross-border-enforcement-of-road-traffic-rules_de

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Flugdiensteverordnung

Die Kommission eröffnete am 03.03.2022 eine Konsultation zur Überarbeitung der Flugdiensteverordnung als Reaktion auf die COVID-19-Krise. Diese habe gezeigt, dass die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit im Flugsektor erhöht werden müsse. Außerdem sollen die Flugsicherheit, die Konnektivität und der Wettbewerb verbessert und gewährleistet werden. Vorläufige spezifische Ziele des Vorschlags sind: Verbesserung der finanziellen Widerstandsfähigkeit der Luftfahrtunternehmen, ein krisenfesterer Rechtsrahmen für Flugdienste und Förderung sozial verantwortlicher Konnektivität. Die Konsultationsfrist endet am 26.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13255-Überarbeitung-der-Flugdienste-Verordnung_de

Rat; Tag der herausragenden Persönlichkeiten im Rahmen der militärischen Weltraumübung AsterX 2022

Am 04.03.2022 fand der Tag der herausragenden Persönlichkeiten im Rahmen der militärischen Weltraumübung AsterX 2022 statt. Dort trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der NATO, der EU, des Militärs sowie Politikerinnen und Politiker, um Diskussionen zum strategischen Umfeld, den Zielsetzungen der EU im Bereich Raumfahrt und zu den europäischen Initiativen als Beitrag zur Weltraumsicherheit und –verteidigung Europas zu führen. In diesem Rahmen erfolgte eine Ministerrunde zu den Maßnahmenpaketen für Verteidigung und Raumfahrt mit Gesprächen zu den Kapazitäten und zum strategischen Kontext sowie ein abschließendes Rundtischgespräch der Ministerinnen und Minister für Verteidigung.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/tag-der-herausragenden-personlichkeiten-im-rahmen-der-militarischen-weltraumubung-asterx-2022/>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr

Am 07.03.2022 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr. Dieser neue Vorschlag soll der Überprüfung der Art der zu unterstützenden Transportvorgängen und der diesbezüglich wirksamen Unterstützungsmaßnahmen dienen. Ziel ist es, den Straßengüterverkehr auf emissionsärmere Alternativen wie Binnenwasserstraßen, See- oder Schienenverkehr zu verlagern. Die Frist der Konsultation endet am 30.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13010-Nachhaltiger-Verkehr-Überarbeitung-der-Richtlinie-über-den-kombinierten-Verkehr_de

Kommission; Vorschlag von Maßnahmen zur Förderung des Schienenverkehrs

Am 08.03.2022 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen. Dieser Vorschlag beinhaltet Maßnahmen zur Steigerung der Eisenbahnkapazitäten durch bessere Verwaltung und Koordination. Ziel ist es, den Bahnverkehr effizienter und nachhaltiger zu gestalten und den internationalen Güterverkehr durch besseren Zugang zur Eisenbahninfrastruktur auszubauen. Die Sondierungsfrist endet am 05.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13134-Internationaler-Guter-und-Personenverkehr-Steigerung-des-Anteils-des-Schieneverkehrs_de

E n e r g i e

Rat; informelles Treffen des Energieministerrats

Am 28.02.2022 traf sich der Rat für Energie, um sich über die Energiesituation in der Ukraine und in Europa nach den militärischen Angriffen Russlands auszutauschen. Die französische Energieministerin Barbara Pompili sicherte der Ukraine Unterstützung zu, da die dortige Energieerzeugungskapazität stark geschädigt sei. Laut Pompili ist die Versorgungssicherheit der EU auch bei einer für unwahrscheinlich gehaltenen Einstellung der Energieexporte aus Russland nicht unmittelbar gefährdet. Des Weiteren sollen Gespräche zu Bereitschafts- und Notfallmaßnahmen auf allen Ebenen des Energiesektors sowie alle Optionen zur Reaktion auf Unterstützungsersuchen der Ukraine vorangetrieben werden. Die EU handle primär

auf drei Ebenen: der praktischen Unterstützung, der Stärkung der Widerstandsfähigkeit des europäischen Energiesystems und der Steuerung der Energiepreise. Zusätzlich seien die Mitgliedsstaaten (MS) bereit strategische Ölvorräte zu mobilisieren. Außerdem diskutierte der Rat über Notfallmaßnahmen (Versorgungssicherstellung, optimale Bestandsverwaltung und bessere Koordinierung zwischen den MS).

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/press-release-transport-telecommunications-and-energy-council-energy-28-february-2022/>

Kommission; Mitteilung zu bezahlbarer, sicherer und nachhaltiger Energie

Am 08.03.2022 stellten Vizepräsident Frans Timmermans und die Kommissarin für Energie, Kadri Simson, den Entwurf des Plans „REPowerEU“ vor. Ziel ist es, noch vor 2030 ganzheitlich unabhängig von russischen Gasimporten zu sein. Die Gasversorgung soll diversifiziert werden und die Einführung von Gas und weiteren Energieträgern aus erneuerbaren Quellen soll beschleunigt werden. Dadurch kann nach Auffassung der Kommission eine Verringerung der europäischen Nachfrage nach russischem Gas bis Ende 2022 um 2/3 erreicht werden. Außerdem soll auch eine schnellere Verringerung der Nutzung fossiler Brennstoffe angestrebt werden. Im Hinblick auf steigende Energiepreise sollen die Mitgliedsstaaten mithilfe der veröffentlichten Leitlinien Verbraucher und Unternehmen schützen und einen weiteren Preisanstieg vermeiden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2022%3A108%3AFIN>

Digital

Rat; informeller Rat „Telekommunikation“ am 08./09.03.2022

Die für Telekommunikation zuständigen Ministerinnen und Minister der EU-27 tagten am 08./09.03.2022 informell in Paris und Nevers (FRA). Angesichts der jüngsten geopolitischen Entwicklungen hatte die FRA-Ratspräsidentschaft entschieden, das Treffen der Resilienz der Kommunikationsinfrastrukturen und -netze in Europa sowie dem Schutz des europäischen Cyberraums zu widmen. Die Ministerinnen und Minister befassten sich mit der Bekämpfung von Desinformation und der Informationsmanipulation im Internet und verabschiedeten eine Erklärung dazu. Darin rufen sie die Unternehmen des digitalen Sektors auf, angesichts des Krieges in der Ukraine mehr gegen Desinformationen zu unternehmen, u.a. zusätzliche Ressourcen zur Überwachung der Inhaltsmoderation in Konfliktgebieten bereitzustellen. Mit Blick auf die gestiegenen Cyberbedrohungen wurde eine weitere politische Erklärung verabschiedet, in der das Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und die EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) aufgefordert werden, sämtliche Risiken für die europäischen Kommunikationsnetze und -infrastrukturen aufzulisten und Empfehlungen zur Stärkung ihrer Resilienz zu formulieren. Außerdem hat der FRA-Vorsitz eine politische Erklärung mit dem Titel „Nevers Declaration for Women in Entrepreneurship and Innovation“ vorgelegt, die von allen 27 Mitgliedstaaten unterstützt worden ist. Entsprechend dem Charakter eines informellen Treffens wurden keine förmlichen Beschlüsse gefasst.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-mitgliedstaaten-setzen-sich-fur-die-unterstutzung-der-ukraine-und-die-starkung-der-resilienz-der-eu-in-den-bereichen-telekommunikation-und-cybersicherheit-ein/>

Kommission; Horizont Europa; Forschung; Russland; Ukraine

Die Kommission hat am 02.03.2022 infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine die Zusammenarbeit mit russischen Einrichtungen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Innovation im Forschungsrahmenprogramm ausgesetzt. Auf Grundlage einer Weisung von Forschungskommissarin Mariya Gabriel wurden russische Einrichtungen von sämtlichen Zahlungen und weiteren Verträgen und Vertragsvorbereitungen (grant preparations) ausgeschlossen, sowohl im Rahmen von Horizont Europa als auch vom vorherigen Forschungsprogramm Horizont 2020, aus dem noch Zahlungen vorgesehen waren. Vizepräsidentin Margrethe Vestager rechtfertigte diese Entscheidung dahingehend, dass die Voraussetzung der Forschungszusammenarbeit mit der EU die Achtung der Freiheiten sowie des Rechts ist. Sie verurteilte die militärische Aggression Russlands gegenüber der Ukraine. Forschungskommissarin Mariya Gabriel verurteilte ebenfalls den Angriff und erklärte, dass zugleich die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Rahmen von Horizont Europa und dem Forschungs- und Ausbildungsprogramm Euratom fortgesetzt werden soll. Dazu wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet, damit ukrainische Begünstigte Mittel aus den Forschungs- und Innovationsprogrammen der EU erhalten können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_1544

Green Deal; Kommission; Horizont Europa; klimaneutrale Städte; Hessen

Die Kommission hat am 25.02.2022 nähere Informationen zu einer Ausschreibung zur Forschungsmission „Klimaneutrale Städte“ im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa veröffentlicht. Die Kommission hatte am 25.11.2021 einen Aufruf zur Interessenbekundung für all die Städte veröffentlicht, die sich an der europäischen Mission „100 Klimaneutrale Städte bis 2030“ beteiligen wollen. Damit sollen 100 europäische Städte, die bis 2030 klimaneutral werden wollen, mit einer EU-Förderung unterstützt werden. Ferner sollen weitere Städte in Europa zu Versuchs- und Innovationszentren gemacht werden. 377 Städte aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie neun assoziierten Ländern und Ländern, mit denen über eine Assoziierung verhandelt wird, haben nun ihre Interessenbekundung eingereicht. Nach einer ersten formellen Prüfung der Kommission wurden insgesamt 362 Städte als förderfähig eingestuft. Auf der von der Kommission veröffentlichten Liste stehen auch hessische Städte: Darmstadt, Marburg, Rüsselsheim am Main, Wiesbaden, Fulda, Frankfurt am Main und Bad Homburg vor der Höhe.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/research_and_innovation/funding/documents/list_of_public_eligible_applicant_cities-v4.pdf

Kommission; Forschung; Forschungsrat

Die Kommission hat am 02.03.2022 drei neue Mitglieder für das Leitungsgremium des Europäischen Forschungsrates (ERC) ernannt. Der ERC ist seit 2007 ein fester Bestandteil der ersten Säule von Horizont Europa und vergibt Forschungsförderungen im Rahmen offener Wettbewerbe. Das Leitungsgremium besteht aus 22 Mitgliedern, die die wissenschaftliche Gemeinschaft in Europa repräsentieren und von der Kommission auf Empfehlung eines unabhängigen Findungsausschusses ausgewählt werden. Die neuen Mitglieder, Prof. Chryssa Kouveliotou, Prof. László Lovász und Prof. Giovanni Sartor, wurden für einen Zeitraum ab dem 02.03.2022 für zunächst vier Jahre ernannt und ersetzen drei Mitglieder, deren Mandat zuvor abgelaufen war.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-appoints-top-scientists-members-european-research-councils-governing-body-2022-mar-01_en

Kommission; Horizont Europa; Missionen; Prioritäten

Die Kommission hat am 02.03.2022 das Strategiepapier „European Missions: Delivering on Europe’s Strategic Priorities“ vorgelegt. Dieses veranschaulicht, wie die fünf Forschungsmissionen unter Horizont Europa (Anpassung an den Klimawandel; Krebs; Ozeane und Gewässer; 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030; ein „Boden-Deal“ für Europa) die wichtigen politischen Prioritäten der Kommission unterstützen können. Die Missionen können aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung und ihrer starken Dimension der Mitgestaltung sowie ihrer Ausrichtung von Ressourcen auf konkrete Herausforderungen entscheidende Instrumente sein, um die von der Kommission angestrebten strategischen Ziele zu erreichen. Im Mittelpunkt aller Forschungsmissionen steht somit das Einbringen von Stakeholdern und Bürgerinnen und Bürgern in die Mitgestaltung die Durchführung und die Bewertung der Missionen, um Herausforderungen und Ziele zu ermitteln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können. Eingebunden werden können u.a. Vertreterinnen und Vertreter von lokalen Behörden, Akademikerinnen und Akademiker aber auch Personen aus privaten Organisationen und Gewerkschaften. Über Plattformen wie „Living Labs“ sollen innovative Lösungen mitgestaltet werden.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9f832590-8d43-11ec-8c40-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-251031096>

Kommission; Innovationen; Horizont Europa; EIC

Die Kommission hat am 01.03.2022 die Ergebnisse der ersten Aufforderung im Rahmen des neuen Pilotprogramms „Women TechEU“ bekannt gegeben, mit dem von Frauen geführte Start-ups im Bereich der Innovationstechnologie unterstützt werden sollen. Die Aufforderung wird im Rahmen des Arbeitsprogramms „Europäische Innovationsökosysteme“ von Horizont Europa finanziert. Die neue Initiative Women TechEU soll die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Innovation angehen, indem von Frauen geführte Tech-Start-Ups in der frühen, risikoreichsten Phase von Unternehmen mit Zuschüssen seitens der Kommission in Höhe von jeweils 75.000 EUR unterstützt werden. Darüber hinaus bietet es Mentoring und Coaching im Rahmen des Programms „Women Leadership“ des Europäischen Innovationsrates (EIC) sowie EU-weite Vernetzungsmöglichkeiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_1336

Kommission; Forschung; Aktionsplan Krebs

Die wissenschaftlichen Chefberater (GCSA) der Kommission haben am 02.03.2022 ein wissenschaftliches Gutachten zur Krebsvorsorge in Europa zur Unterstützung des europäischen Aktionsplans zur Krebsbekämpfung im Zusammenhang mit dem neuen von der EU geförderten Krebsfrüherkennungsprogramm veröffentlicht. Dazu gehören Empfehlungen zur Verbesserung der bestehenden Früherkennungsprogramme für Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs. Die Beratergruppe empfiehlt, die Programme auf Lungen- und Prostatakrebs auszuweiten. Zudem betonen die Beraterinnen und Berater, dass es wichtig sei, den Zugang zu bestehenden Früherkennungsprogrammen zu erleichtern. Das Gutachten zeigt auch diejenigen Bereiche auf, in denen weitere Forschung erforderlich sei. Die Beratergruppe empfiehlt die Einrichtung eines Systems von „lebenden Leitlinien“, die durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse schnell geändert und aktualisiert werden könnte. Die Stellungnahme stützt sich auf den von SAPEA (Scientific Advice for Policy by European Academies) erstellten Evidenzbericht, der Teil des wissenschaftlichen Beratungsmechanismus der Kommission ist.

https://ec.europa.eu/info/news/improving-citizens-participation-cancer-screening-programmes-and-extending-them-more-types-cancer-will-help-saving-lives-eu-chief-scientific-advisor-recommend-2022-mar-02_en&pk_campaign=whatsnew_newsletter

Rat; Standpunkt zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Der Rat hat am 24.02.2022 seinen Standpunkt zu dem Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) festgelegt. Dieser Richtlinienentwurf ergänzt die europäische Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen. Mit dem Vorschlag der Kommission wird die Richtlinie aus dem Jahr 2014 über die Angabe nichtfinanzieller Informationen überarbeitet und die Robustheit der Verpflichtungen der Unternehmen gewährleistet. Die Neuerungen umfassen u. a. die Ausweitung des Anwendungsbereichs, das Erfordernis einer Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung, neue Anforderungen an die Offenlegungspflichten und die Verbesserung des Zugangs zu Informationen für die Öffentlichkeit. Diese Änderungen werden die Rechenschaftspflicht der Unternehmen erhöhen, divergierende nationale Standards verhindern und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft erleichtern. Zudem sollen Lücken in den geltenden Vorschriften für die Angabe nichtfinanzieller Informationen geschlossen werden. Deren Qualität und Vergleichbarkeit reichte bislang nicht aus, um eine angemessene Berücksichtigung durch die Anleger zu ermöglichen. Der Rat hat den von der Kommission vorgeschlagenen Anwendungsbereich geändert, um sicherzustellen, dass die Berichtspflichten für börsennotierte KMU nicht zu aufwändig sind (die Verpflichtungen gelten nicht für andere KMU) und ihnen ausreichend Zeit für die Anpassung an die neuen Vorschriften eingeräumt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/24/council-adopts-position-on-the-corporate-sustainability-reporting-directive-csrd/>

Kommission; finaler Report der Expertengruppe zur sozialen Taxonomie

Am 28.02.2022 legte die „Plattform für nachhaltiges Finanzwesen“, die die Kommission in ihren Vorbereitungen für Umwelt- und Sozialtaxonomie berät, ihren Abschlussbericht zur sozialen Taxonomie vor. Darin stehen drei Ziele im Zentrum der Sozialtaxonomie: menschenwürdige Arbeit, angemessener Lebensstandard und Wohlergehen für die Endverbraucher und integrative und nachhaltige Gemeinschaften. Ein weiteres strukturelles Element sind die „Do no significant harm“-Kriterien. Damit wird sichergestellt, dass eine Aktivität, die zu einem der sozialen Ziele beiträgt, keinem der anderen Ziele schadet. Die Sozialtaxonomie schließlich betrachtet sozialschädliche Aktivitäten. Ähnlich wie bei der Umwelntaxonomie geht es hier um die Frage, welche Aktivitäten unter allen Umständen als sozialschädlich angesehen werden können.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/business_economy_EUR/banking_and_finance/documents/280222-sustainable-finance-platform-finance-report-social-taxonomy.pdf

Kommission; Neue InvestEU Vereinbarungen

Die Kommission, die Europäische Investitionsbank (EIB) und der Europäische Investmentfonds haben am 07.03.2022 Vereinbarungen über Garantien und Beratungsstellen unterzeichnet. Dies dient der Umsetzung des InvestEU-Programms. Die unterzeichnete Garantievereinbarung über eine Haushaltsgarantie der EU in Höhe von 19,65 Mrd. EUR wird zur Unterstützung von Investitionsprojekten in ganz Europa beitragen. Die Kommission und die EIB unterzeichneten außerdem die Vereinbarung über die InvestEU-Beratungsstelle, die bis zu 270 Mio. EUR für Marktentwicklung, Entwicklung von Kompetenzen und Beratung auf Projektebene bereitstellen wird. Durch die Bereitstellung einer EU-Haushaltsgarantie in Höhe von 26,2 Mrd. EUR zur Unterstützung von Finanz- und Investitionsvorhaben wird das InvestEU-Programm öffentliche und private Finanzmittel anziehen. Damit sollen bis 2027 zusätzliche

Investitionen in Höhe von mindestens 372 Mrd. EUR mobilisiert werden, die Menschen und Unternehmen in ganz Europa zugutekommen. Die ersten InvestEU-Projekte werden voraussichtlich schon im April eine InvestEU-Bürgschaft erhalten, nachdem sie dem Investitionsausschuss vorgelegt wurden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/neue-investeu-vereinbarungen-machen-investitionen-milliardenhohe-der-gesamten-europaischen-union-2022-03-07_de

Finanzen

Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN

Am 25.02.2022 trafen sich die 27 Finanz- und Wirtschaftsministerinnen und -minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) in Paris. Auf der Tagesordnung standen u. a. die wirtschaftlichen Folgen der Krise in der Ukraine, insbesondere steigende Energiepreise. Ein weiterer Themenschwerpunkt bildete die wirtschaftliche Entwicklung Europas bis 2030. Dabei ging es um die Abstimmung von Haushalts- und Geldpolitik im Hinblick auf die anstehenden Investitionen im Bereich Klima und Digitalisierung vor dem Hintergrund einer nachhaltigen europäischen Haushaltspolitik. Auch die Stärkung des europäischen Finanzsektors wurde besprochen. Am selben Tag traf sich auch die EUR-Gruppe. Dabei fanden Gespräche mit der Kommission und EZB über die Einführung des digitalen Euros als neues elektronisches Zahlungsmittel statt. Die EUR-Gruppe begrüßte die kürzlich erfolgte Kreditratenrückzahlung durch GRI. Dies habe positiven Einfluss auf die griechischen Staatsfinanzen und stärke das Vertrauen in die Finanzmärkte. Tuomas Saarenheimo wurde bei dem Treffen in dem Amt des Vorsitzenden der Eurogruppe-Arbeitsgruppe (EWG) bestätigt.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/media/0eijntdb/2022-02-24-dp-ecofin-de.pdf>

Kommission; Haushaltspolitische Leitlinien für 2023

In einer Mitteilung vom 02.03.2022 veröffentlichte die Kommission für die Mitgliedstaaten (MS) Leitlinien für die Haushaltspolitik im Jahr 2023. Darin werden die zentralen Grundsätze dargelegt, von denen sich die Kommission leiten lassen wird, wenn sie die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der MS bewertet. Darüber hinaus wird ein Überblick über den Stand der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung gegeben. In der Mitteilung werden fünf zentrale Grundsätze dargelegt und Folgerungen für haushaltspolitische Empfehlungen gezogen, die die Kommission den MS für ihre Haushaltspläne im Jahr 2023 vorschlagen wird. Die Grundsätze sind Koordinierung der Politik, Gewährleistung der Schuldentragfähigkeit, Förderung von Investitionen und nachhaltigem Wachstum, Förderung von haushaltspolitischen Strategien und differenzierte Gestaltung dieser Strategien unter Berücksichtigung der Dimension des EUR-Währungsgebiets. Des Weiteren heißt es in der Mitteilung, dass die notwendige fiskalpolitische Antwort auf die COVID-19-Pandemie und der Rückgang der Produktion zu einem erheblichen Anstieg der öffentlichen Schuldenquoten geführt haben, insbesondere in einigen hoch verschuldeten MS, auch wenn sich die Schuldendienstkosten nicht erhöht haben. Um die Schuldentragfähigkeit zu bewahren, braucht es eine über mehrere Jahre angelegte Haushaltsanpassung, die mit Investitionen und Reformen zur Stützung des Wachstumspotenzials kombiniert wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1476

Rat; Treffen des ECOFIN-Rats

Am 02.03.2022 tagten die 27 Finanz- und Wirtschaftsministerinnen und -minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der französischen Ratspräsidentschaft per Videokonferenz. Dabei ging es zunächst um eine erste Bestandsaufnahme nach Verabschiedung der umfassenden Sanktionen gegen Russland. Im Vordergrund standen insbesondere die Auswirkungen auf den Finanzsektor in Russland, die Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU und die Diskussion möglicher weiterer Sanktionen. Des Weiteren wurden auch die von der Kommission veröffentlichten haushaltspolitischen Leitlinien für 2023 und die anstehende Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes angesprochen.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2022/03/02/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Informal+video+conference+of+economy+and+finance+ministers

EuGH; GBR hat jahrelang falsche Zolleinnahmen an EU abgeführt

Der EuGH hat am 08.03.2022 in der Rechtssache C-213/19 entschieden, dass GBR bestimmte Importe aus China jahrelang nicht ausreichend kontrolliert und somit der EU zu wenig Geld aus Zolleinnahmen überwiesen habe. Damit habe GBR gegen Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstoßen. Hinsichtlich bestimmter Einfuhren von Textilien und Schuhen aus China seien weder wirksame Zollkontrollen vorgenommen noch die korrekten Zollbeträge erfasst worden. Der Kommission seien zudem nicht genügend Informationen zur Verfügung gestellt worden, um die geschuldeten Zölle zu berechnen. Diese hatte in ihrer Klage einen Verlust von knapp 2,68 Mrd. EUR geltend gemacht. Der EuGH betont, dass es für diese Summe nicht genügend Beweise gebe und der Betrag durch die Kommission neu berechnet werden müsse. Der EuGH ist trotz des Brexits zuständig, da es um Importe aus Zeiten davor geht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-03/cp220042de.pdf>

EZB; leichte Verringerung der Anleihenkäufe

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat bei seiner Sitzung am 10.03.2022 erklärt, dass er im Hinblick auf die Ukraine komfortable Liquiditätsbedingungen gewährleisten und die von der EU und den europäischen Regierungen beschlossenen Sanktionen umsetzen werde. Der EZB-Rat werde jegliche Maßnahmen ergreifen, die erforderlich seien, um das Preisstabilitätsmandat der EZB zu erfüllen und die Finanzstabilität zu wahren. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Hinsichtlich des Pandemienotfallprogramms PEPP seien im ersten Quartal 2022 geringere Nettoankäufe von Vermögenswerten als im vorangegangenen Quartal durchgeführt worden. Die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP sollen wie bereits angekündigt Ende März 2022 eingestellt werden. Auf der Grundlage seiner aktualisierten Beurteilung und unter Berücksichtigung des unsicheren Umfelds hat der EZB-Rat die Planung für die Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) für die kommenden Monate verringert. Die monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des APP werden sich im April auf 40 Mrd. EUR, im Mai auf 30 Mrd. EUR und im Juni auf 20 Mrd. EUR belaufen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das dritte Quartal wird von den Daten abhängen und die sich verändernde Beurteilung des EZB-Rats in Bezug auf den Ausblick berücksichtigen. Sollten die neu verfügbaren Daten die Erwartung stützen, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende seiner Nettoankäufe von Vermögenswerten nicht verschlechtern werden, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Rahmen des APP im dritten Quartal einstellen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220310~2d19f8ba60.de.html>

Soziales

Kommission startet Sondierung zum Mindesteinkommen

Am 08.03.2022 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zur Empfehlung eines adäquaten Mindesteinkommens in der EU. Diese Empfehlung stützt sich auf die Ankündigung im Europäischen Aktionsplan zur Säule sozialer Rechte. Die Konsultation baut auf der Empfehlung 92/441/EG des Rates sowie der Empfehlung 2008/867/EG der Kommission auf und verfolgt das Ziel, die Politik der Mitgliedstaaten effektiv zu unterstützen und zu ergänzen. Durch die Initiative soll u.a. die Armut gelindert werden. Zu diesem Zweck hat die Kommission die Konsultation auf dem Portal „Ihre Meinung zählt“ in allen EU-Sprachen veröffentlicht.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10189&furtherNews=yes>

OSHA; Aufruf zum Schutz von Frauen vor arbeitsbedingten Krebserkrankungen

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) rief am 07.03.2022 anlässlich des am 08.03.2022 stattfindenden Internationalen Frauentags zum Schutz der Frauen vor arbeitsbedingten Krebserkrankungen auf. Die EU-OSHA wies am 07./08.03.2022 darauf im Rahmen einer Konferenz hin, die von der französischen Ratspräsidentschaft organisiert wurde. Ziele der Konferenz waren die Sensibilisierung für krebserregende Stoffe sowie die Organisation eines Austausches zu bewährten Verfahren zwischen Expertinnen und Experten, Präventionsfachleuten und Sozialpartnern. Die Konferenz fand anlässlich der Initiative für einen Fahrplan zum Kampf gegen berufsbedingte Krebserkrankungen statt und knüpft auch an Europas Plan gegen den Krebs an.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/eu-osha-calls-protecting-women-work-related-cancer-international-womens-day>

Eurofund; Neubewertung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt nach COVID-19

Anlässlich des Internationalen Frauentags fand in Kooperation der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofund) mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) am 08.03.2022 ein Live-Webinar zur neuen Bewertung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt nach COVID-19 statt. Das Webinar wurde von Dennis van der Veur, Leiter des Referats Wissensmanagement und Kommunikation bei EIGE, moderiert und diente dazu, u.a. den Fragen nachzugehen, wie Zuschreibungen einer bestimmten Berufsbranche zu einem bestimmten Geschlecht aufgebrochen werden können und welche Maßnahmen am ehesten dazu beitragen können, die bestehenden geschlechtsspezifischen Lohn- und Beschäftigungsunterschiede im Einklang mit den politischen Verpflichtungen der EU zu verringern.

<https://www.eurofound.europa.eu/de/news>

Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus

Der Rat nahm am 04.03.2022 Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus an. Damit reagiert der Rat auf den Anstieg rassistischer und antisemitischer Vorfälle in den EU-Mitgliedstaaten (MS). Die MS sollen bis Ende des Jahres 2022 Aktionspläne und Strategien ausarbeiten, mit denen der EU-Aktionsplan

gegen Rassismus von 2020 und die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus von 2021 umgesetzt werden. U.a. fordert der Rat die MS auf, ihre Bevölkerung für Rassismus und Antisemitismus zu sensibilisieren.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6406-2022-REV-1/de/pdf>

Kommission; EU verstärkt Hilfe mit Logistikzentren für Notfälle und rescEU-Hilfe in Ukraine

Am 04.03.2022 verkündete die Kommission, dass die EU der Ukraine sowie ihren Nachbarländern weitere Hilfen im Bereich des Katastrophenschutzes sowie humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Verfügung stelle. Der Ukraine werden medizinische Vorräte mittels rescEU zugesichert, die in DEU, HUN und den NDL gelagert sind. Konkret umfasst die Unterstützung u.a. Beatmungsgeräte, Infusionspumpen sowie Sauerstoffkonzentratoren. Weiterhin kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, Logistikzentren für den Katastrophenschutz in POL und weitere in ROM und der SLK einzurichten. Dadurch soll die benötigte Hilfe so schnell wie möglich an die Ukraine verteilt werden.

https://ec.europa.eu/echo/news-stories/news/ukraine-eu-boosts-assistance-emergency-logistical-hubs-and-resceu-aid-2022-03-04_en

OSHA; Sicherheit und Gesundheit von Telearbeitern erhalten

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) veröffentlichte am 01.03.2022 den Zugang zu diversen Berichten und Handreichungen zur Handhabung der Telearbeit nach COVID-19. Die Veröffentlichung thematisieren u.a. sicherheitsrelevante und gesundheitsfördernde Maßnahmen, Vorschriften und Probleme bei der Arbeit sowie die Frage, wie sich diese auf die Beschäftigten auswirken. Das Ziel der Publikationen ist es, die Sicherheit und Gesundheit der Telearbeiterinnen und Telearbeitern zu erhalten.

https://healthy-workplaces.eu/en/tools-and-publications/publications?main_publication_type%5B517%5D=517&field_msd_priority_area%5B4986%5D=4986&text=&sort=date&language%5B%5D=en

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Urteil bezüglich Ausgleichszahlungen bei verspäteten Teilflügen in Drittstaaten

Am 24.02.2022 urteilte der Europäische Gerichtshof in der Rechtssache C-451/20 in einer Frage zur Ausgleichzahlung für Fluggäste bei Annullierung oder Verspätung von einheitlich gebuchten Teilflügen. Ein Fluggast hatte geklagt, da er nach einer Flugannulierung sein Endziel, Bangkok, mit einer Verspätung von zwei Stunden und 47 Minuten erreichte. Airhelp erhob in der Sache Klage auf eine Ausgleichszahlung i.H.v. 300 EUR, da das Luftfahrtunternehmen keine Ersatzbeförderung angeboten habe, mit der der Fluggast sein Ziel innerhalb von zwei Stunden nach der planmäßigen Ankunft des ursprünglich gebuchten Fluges hätte erreichen können. In diesem Fall hat das Landesgericht Korneuburg den Gerichtshof um Auslegung der Fluggastrechte-Verordnung dahingehend gebeten, ob Art. 3 Abs. 1 auf eine einheitlich gebuchte, aus zwei Teilflügen bestehende Flugverbindung mit Anschlussflug anzuwenden sei, bei der sowohl der Abflughafen des ersten Teilfluges als auch der Ankunftsflughafen des zweiten Teilfluges in Drittstaaten liegen, aber die Organisation der Teilflüge durch ein Luftfahrtunternehmen eines Mitgliedstaates (MS) der EU erfolgt und nur der Flughafen der Zwischenlandung im Gebiet eines MS liegt. Dem Urteil des Gerichtshofs zufolge ist dies nicht der Fall.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-451/20>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Detergenzien

Am 02.03.2022 stellte die Kommission die Überarbeitung der EU-Verordnung für Detergenzien zur Konsultation. Ziel der Überarbeitung sei es, den Verwaltungsaufwand zu verringern, die Kohärenz mit anderen einschlägigen Rechtsvorschriften zu erhöhen und die Rechtsvorschriften über Detergenzien an den technischen Fortschritt anzupassen. Zugleich stützt sich die Überarbeitung auf die jüngsten Evaluierungen der Detergenzien-Verordnung und der Vorschriften für die Kennzeichnung chemischer Produkte durch die EU sowie auf die Eignungsprüfung der relevantesten Rechtsvorschriften über Chemikalien. Rückmeldungen sind bis zum 21.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13116-Detergenzien-Straffung-und-Aktualisierung-der-EU-Vorschriften_de

Kommission; Ökodesign-Anforderungen an Raum- und Kombiheizgeräte

Am 03.03.2022 eröffnete die Kommission Sondierungen zur Überprüfung von Ökodesign-Vorschriften für Raum- und Kombiheizgeräte. Im Jahr 2013 hat die EU Ökodesign-Vorschriften verabschiedet, die Mindestanforderungen an die Energieeffizienz enthalten. Ziel der Initiative ist es, Ökodesign-Anforderungen für Raum- und Kombiheizgeräte unter Berücksichtigung des technischen Fortschrittes und der Marktentwicklung zu überarbeiten. Rückmeldungen sind bis zum 31.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13202-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Raum-und-Kombiheizgerate-Überprüfung_de

Kommission; Ökodesign-Anforderungen an Warmwasserbereiter und -speicher

Am 03.03.2022 begann die Kommission Sondierungen zur Überprüfung von Ökodesign-Vorschriften für Warmwasserbereiter und -speicher. 2013 hat die EU Ökodesign-Vorschriften verabschiedet, die Mindestanforderungen an die Energieeffizienz enthalten. Ziel dieser Initiative ist es, Ökodesign-Anforderungen an Warmwasserbereiter und -speicher unter Berücksichtigung des technischen Fortschrittes und der Marktentwicklung und der Zusagen der EU im Rahmen des Grünen Deals zu überprüfen. Rückmeldungen sind bis zum 31.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13205-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Warmwasserbereiter-und-speicher-Überprüfung_de

Kommission; Öko-Design-Anforderungen für Staubsauger

Am 08.03.2022 eröffnete die Kommission Sondierungen zur Überprüfung von Ökodesign-Vorschriften für Staubsauger. Im Jahr 2013 hat die EU Ökodesign-Vorschriften verabschiedet, die Mindestanforderungen an die Energieeffizienz enthalten. Ziel der Initiative ist es, Ökodesign-Anforderungen für Staubsauger unter Berücksichtigung des technischen Fortschrittes zu überarbeiten. Außerdem soll untersucht werden, ob akkubetriebene Staubsauger und Saugroboter in den Anwendungsbereich aufgenommen werden sollten und ob auch die Werkstoffe und die Lebensdauer von Staubsaugern berücksichtigt werden sollten. Rückmeldungen sind bis zum 05.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12832-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Staubsauger-Überarbeitung_de

Kommission; Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern

Am 08.03.2022 startete die Kommission Sondierungen zu Vorschriften für die Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern. Ziel der Kommission ist es, die Vorschriften für die Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern zu überarbeiten und zu ersetzen, da die frühere Verordnung in einem Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 08.11.2018 mit Wirkung vom 18.01.2019 für nichtig erklärt wurde. Rückmeldungen sind bis zum 05.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12833-Anforderungen-an-die-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Staubsaugern_de

Kommission; Einstufung eines Biozidprodukts, das Capsicum-Oleoresin enthält

Am 08.03.2022 eröffnete die Kommission die Konsultation zu einem Durchführungsbeschluss zur Einstufung eines Biozidprodukts, das expellergespresstes Capsicum-Oleoresin enthält. BEL hat die Kommission ersucht, darüber zu entscheiden, ob ein Produkt mit dem Wirkstoff „expellergespresstes Capsicum-Oleoresin“, das auf dem belgischen Markt zur Verwendung als Repellent gegen Katzen und Hunde erhältlich ist, ein Biozidprodukt im Sinne der EU-Vorschriften über Biozidprodukte ist. In dem Beschluss wird der Standpunkt der Kommission zu dieser Frage dargelegt. Rückmeldungen sind bis zum 05.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13356-Biozidprodukte-Einstufung-eines-Produkts-das-expellergespresstes-Capsicum-Oleoresin-enthalt_de

Kommission; Konsultation zur Beschränkung gefährlicher Substanzen in elektronischen Geräten

Am 10.03.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Beschränkung gefährlicher Substanzen in elektronischen Geräten. Die bestehenden Beschränkungen dienen dem Schutz der Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Umwelt bei Sicherstellung des Funktionierens des Binnenmarktes. Ziel der Initiative ist die Vereinfachung der bestehenden Regeln und die Verbesserung der Durchsetzung. Rückmeldungen sind bis zum 02.06.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13137-Review-Restriction-of-the-use-of-hazardous-substances-in-electronics_de

Rat; EU-UK-Beziehungen: Zustimmung zur Gewährleistung der kontinuierlichen Arzneimittelversorgung

Die EU-Botschafterinnen und -Botschafter der Mitgliedstaaten einigten sich am 10.03.2022 auf das Mandat zu den Vorschlägen für eine Richtlinie sowie eine Verordnung zur Gewährleistung der kontinuierlichen Versorgung Nordirlands sowie CYP, IRL und MTA mit Arzneimitteln. Die Richtlinie verfolgt das Ziel, die unterbrechungsfreie Lieferung von Humanarzneimitteln nach Nordirland nach dem Brexit zu gewährleisten. Die Verordnung soll neben der Richtlinie die Versorgung mit Prüfpräparaten auf den Märkten der genannten Staaten sicherstellen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/09/relations-ue-royaume-uni-le-conseil-adopte-son-mandat-sur-les-propositions-visant-a-assurer-la-continue-de-l-apvisionnement-en-medicaments/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Relations+UE+-+Royaume-Uni:+le+Conseil+adopte+son+mandat+sur+les+propositions+visant+%C3%A0+assurer+la+continuit%C3%A9+de+l%27approvisionnement+en+m%C3%A9dicaments

ECDC; Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten

Der am 08.03.2022 von dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) herausgegebene technische Report zur Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten konzentriert sich auf die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten von Menschen, die aus der Ukraine fliehen. Aus dem Report ergeben sich allgemeine Anforderungen an die Infektionsprävention und -kontrolle. Es wird u.a. darauf hingewiesen, dass die Kontinuität regelmäßiger Impfungen bei vertriebenen Menschen sichergestellt werden muss. In diesem Zusammenhang gilt es, die allgemeine Impfakzeptanz bei Geflüchteten von den Gesundheitsbehörden zu bewerten und ggf. anzugehen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/operational-public-health-considerations-prevention-and-control-infectious>

HaDEA; Bekämpfung von Fettleibigkeit mit Hilfe des Global Obesity Observatory

Am 04.03.2022 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) eine thematische Übersicht mit relevanten Programmen zur Bekämpfung von Adipositas. Adipositas ist ein wachsendes Problem in Europa und ist ein Risikofaktor für die Entstehung von u.a. Typ-2-Diabetes und Krebs. Auf Grund dessen bekämpft die Kommission Fettleibigkeit durch mehrere Programme und Initiativen u.a. aus dem Gesundheitsprogramm der EU, EU4Health.

https://hadea.ec.europa.eu/news/tackling-obesity-help-global-obesity-observatory-2022-03-04_en

Rat; Ankündigung zum IPCEI-Start

Am 03.03.2022 nahmen Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, und Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, an der Ministerkonferenz „Auf dem Weg zu einem unabhängigen, wettbewerbsfähigen und innovativen europäischen Gesundheitssektor“ teil. Die Konferenz wurde im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft abgehalten. In diesem Rahmen unterzeichneten 16 Mitgliedstaaten ein Manifest für ein wichtiges Gesundheitsprojekt von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI). Dieses IPCEI soll Innovationen unterstützen und die Qualität sowie die Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung für die europäischen Bürgerinnen und Bürger verbessern. FRA hat sich für das IPCEI eine Projektfinanzierung in Höhe von 1,5 Mrd. EUR zugesichert. <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/en/news/press-conference-launch-of-an-ipcei-on-health-announced-during-the-ministerial-conference-towards-an-independent-competitive-and-innovative-european-healthcare-sector/>

Rat; EU verstärkt Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor gefährlichen chemischen Stoffen

Am 03.03.2022 stimmte der Rat einer Änderung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene zu. Dabei handelt es sich um einen EU-Rechtsakt zum Schutz von Beschäftigten vor der Gefährdung durch krebserzeugende und erbgutverändernde Stoffe. Die überarbeitete Richtlinie soll u.a. den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Festlegung von Expositionsgrenzwerten für Acrylnitril und Nickelverbindungen sowie die Senkung der geltenden Grenzwerte für Benzol. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die vereinbarten Änderungen zu implementieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/03/eu-strengthens-protection-of-workers-from-dangerous-chemicals/>

EMA; Neues Medikament für seltene bösartige Form eines Augentumors

Am 25.02.2022 empfahl die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) die Genehmigung für das Inverkehrbringen von Kimmtrak (Tebentafusp) in der EU. Kimmtrak ist eine Monotherapie zur Behandlung von erwachsenen Patientinnen und Patienten mit Aderhautmelanom, einer seltenen Form von Augenkrebs.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/new-medicine-rare-type-eye-cancer>

OSHA; Neuer Leitfaden zur Entwicklung und Umsetzung stärkerer Arbeitsschutzprogramme für Gesundheitspersonal

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichte in Kooperation mit der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) am 25.02.2022 einen neuen Leitfaden zur Entwicklung und Umsetzung stärkerer Arbeitsschutzprogramme für Gesundheitspersonal. Der Leitfaden bietet einen Überblick über die notwendigen Elemente von Arbeitsschutzprogrammen (OSH) auf nationaler, subnationaler und betrieblicher Ebene. Außerdem wird beschrieben, wie Arbeitsschutzprogramme mit Vertreterinnen und Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und anderen relevanten Interessengruppen entwickelt und umgesetzt werden können.

<https://www.who.int/publications/i/item/9789240044548>

HaDEA; Förderaufruf zur Gewährleistung der Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen mit ionisierender Strahlung

Die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) schreibt seit dem 25.02.2022 einen Förderaufruf zur Gewährleistung der Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen mit ionisierender Strahlung aus. Ziel dieser Ausschreibung ist es, eine Analyse der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sowie des Bildungs- und Schulungsbedarfs bereitzustellen, um die Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen mit ionisierender Strahlung in Europa zu gewährleisten. Der Vertrag ist auf 24 Monate ausgelegt und die gesamte Fördersumme im Rahmen des Projekts beträgt 500.000 EUR.

https://hadea.ec.europa.eu/news/call-tenders-ensure-quality-and-safety-medical-applications-using-ionising-radiation-2022-02-25_en

U m w e l t

Rat; Straßburger Erklärung anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Natura 2000 Netzwerks

Am 25.02.2022 wurde im Rahmen einer Ministerkonferenz in Straßburg anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Natura 2000 Netzwerks die Straßburger Erklärung von Ministerinnen und Ministern sowie von Umweltkommissar Sinkevičius unterzeichnet. Die Erklärung enthält eine Bestandsaufnahme zu den gemeinsamen Standpunkten der Mitgliedstaaten (MS) und bekräftigt das Engagement der Europäischen Union im Kampf gegen die Hauptquellen der Belastung für Lebensräume und Arten. Es wird betont, dass verstärkt Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität ergriffen sowie ihre Wirksamkeit und ihre Überwachung verbessert werden müssten. So sollen die Umsetzung der bestehenden europäischen Rechtsvorschriften, insbesondere die Erweiterung des Netzes der Schutzgebiete verstärkt und die durch menschliche Aktivitäten verursachten Belastungen verringert werden. Darüber hinaus setzen sich die MS für eine Vereinfachung und Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln sowie für die stärkere Zweckbindung der Mittel an Biodiversitätsschutz ein. Außerdem betonen sie die Notwendigkeit der Verstärkung politischer Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität insbesondere in Hinsicht auf die bevorstehende Initiative zur Wiederherstellung von Natur.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/ministerkonferenz-zum-30-jahrigen-jubilaum-des-netzes-natura-2000-die-eu-mitgliedstaaten-und-die-europaische-kommission-verabschieden-die-erklarung-von-strassburg-zum-schutz-der-biodiversitat/>

Kommission; Verhandlungen zum internationalen Abkommen gegen Plastikverschmutzung

Vom 28.02. bis zum 02.03.2022 fand die fünfte Tagung der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (VN) in Nairobi, Kenia unter dem Motto „Mehr Naturschutz zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung“ statt. Im Rahmen der Versammlung wurde beschlossen, Verhandlungen für ein internationales, rechtsverbindliches Abkommen zur Bekämpfung von Plastikverschmutzung aufzunehmen. Das geplante Abkommen zielt auf die Verringerung von umweltschädlichen Kunststoffen ab und verfolgt einen kreislauforientierten Ansatz für den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen. So liegt der Fokus auf den Lebenszyklusabschnitten, die bisherige Initiativen noch nicht abdecken, wie die umweltgerechte Gestaltung und Herstellung von Kunststoffen. Das Abkommen soll alle Interessenträger zusammenbringen, um das übergeordnete Ziel zu erreichen und den Eintrag von Plastikmüll in die Umwelt zu beenden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_1466

Rat; Katastrophenschutzmaßnahmen angesichts des Klimawandels

Am 03.03.2022 hat der Rat Schlussfolgerungen angenommen, in denen er die Anpassung des Katastrophenschutzes an extreme Wetterereignisse infolge des Klimawandels fordert. Mit Blick auf intensive und anhaltende Wetterereignisse seien die Schlussfolgerungen ein bedeutender Schritt, um die Resilienz der EU zu stärken. In den Schlussfolgerungen werden Kommission und Mitgliedstaaten (MS) ermutigt, in Forschung und Innovation zu investieren. Weiterhin werden die MS ersucht, adäquate Präventions- und Vorsorgemaßnahmen zu entwickeln. Dabei sollen sie sicherstellen, dass ausreichend Kapazitäten auf nationaler Ebene zur Bewältigung von Gefahren, die aufgrund des Klimawandels entstehen, vorhanden sind. Ferner werden die MS aufgefordert, die Bevölkerung in der Vorbereitung auf künftige extreme Wetterereignisse durch Informationen sowie Aus- und Fortbildungen zu unterstützen. Der Rat weist darauf hin, dass auch die Resilienz der Bevölkerung zu stärken ist.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/03/making-civil-protection-ready-for-climate-change-council-adopts-conclusions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Civil+protection+work+in+view+of+climate+change%3a+Council+adopts+conclusions

Kommission; Konsultation zu Prüfmethode in der Chemikalienverordnung

Am 10.03.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation über einen Verordnungsentwurf zur Aktualisierung der Prüfmethode im Rahmen der Chemikalienverordnung. Einer der begleitenden Rechtsakte zur REACH-Verordnung enthält eine Liste der zugelassenen Prüfmethode für Chemikalien. Mit dieser Initiative soll diese Liste um eine Reihe neuer bzw. aktualisierter Methoden ergänzt werden, die die Zahl der Tierversuche mit Chemikalien zu verringern könnten. Rückmeldungen sind bis zum 07.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12100-Chemikalienverordnung-Aktualisierung-der-EU-Vorschriften-fur-Prufmethoden_de

EP; Abstimmung zur Batterienverordnung

Am 10.03.2022 hat das EP seine Position zu neuen Vorschriften für den gesamten Produktlebenszyklus von Batterien beschlossen. Die MdEP schlagen strengere

Anforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Leistung und Kennzeichnung vor, einschließlich der Einführung einer neuen Kategorie von „Batterien für leichte Verkehrsmittel“ wie Elektrofahrräder, sowie Vorschriften für eine Erklärung und Kennzeichnung des CO₂-Fußabdrucks von Batterien. Bis 2024 müssen Gerätebatterien, wie z. B. in Smartphones, und Batterien für leichte Verkehrsmittel so gestaltet sein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sowie unabhängige Wirtschaftsteilnehmer sie leicht und sicher selbst entfernen können, so die MdEP. Die Industrie sollte sicherstellen, dass sie Verpflichtungen zu Menschenrechten und Sorgfaltspflichten in der Batterie-Wertschöpfungskette vollständig einhält. Der Bericht legt zudem Mindestziele für rückgewonnenes Kobalt, Blei, Lithium sowie Nickel aus Abfällen zur Wiederverwendung in neuen Batterien und strengere Sammelziele für Gerätebatterien fest.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220304IPR24805/neue-eu-regeln-fur-batterien-fur-mehr-ehrgeiz-im-umwelt-und-sozialbereich>

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation zu Nachhaltigkeitsvereinbarungen in der Landwirtschaft

Die Europäische Kommission lädt Interessenträger zwischen dem 28.02. und 23.05.2022 ein, ihre Erfahrungen mit Vereinbarungen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette mitzuteilen. Diese sollen in die Ausarbeitung von Leitlinien für eine neue Regelung einfließen, mit der Nachhaltigkeitsvereinbarungen im Bereich der Landwirtschaft unter bestimmten Bedingungen von den Wettbewerbsregeln ausgenommen werden. Nach dem EU-Recht sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen, mit denen der Wettbewerb beschränkt wird, wie etwa Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern, die zu höheren Preisen oder einem geringeren Angebot führen, generell verboten. Das EP und der Rat der EU haben jedoch kürzlich eine neue Ausnahmeregelung beschlossen, mit der solche Beschränkungen in Vereinbarungen im Agrarsektor erlaubt werden, wenn sie unerlässlich sind, um Nachhaltigkeitsstandards zu erreichen, die über die verbindlichen EU- oder nationalen Standards hinausgehen. Rat und EP forderten die Kommission auf, Leitlinien zu den Bedingungen für die Anwendung dieser Ausnahmeregelung herauszugeben. Die Leitlinien sollen dabei als Orientierungshilfen dienen, um beurteilen zu können, ob Nachhaltigkeitsvereinbarungen die Voraussetzung für die Gewährung einer Ausnahme von den EU-Wettbewerbsvorschriften erfüllen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_1352

Rat; Informelle Ratssitzung zu den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Ernährungssicherheit

Am 02.03.2022 fand ein außerordentliches informelles Treffen der Landwirtschaftsministerinnen und -minister statt. Ziel der Ministertagung war in erster Linie Informationen und Prognosen zu Angebot und Preisen auszutauschen und festzustellen, welche Bereiche besondere Aufmerksamkeit erfordern und welche möglichen Maßnahmen in Betracht zu ziehen wären. EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski beschrieb in einer Pressekonferenz im Anschluss mögliche Maßnahmen, um der Krise zu begegnen. So sei der europäische Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit zu aktivieren. Außerdem seien Sondermaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) in Betracht zu ziehen, um die vom Anstieg der Herstellungskosten am stärksten betroffenen Sektoren zu unterstützen. Zudem seien

Maßnahmen zu bestimmen, mit denen Europas Produktionskapazität in diesem Jahr gewährleistet und gesteigert werden kann, etwa durch die Nutzung von Brachland für Eiweißpflanzen. Weiterhin wurde die Ernährungssicherheit im Mittelmeerraum und in stärker gefährdeten Ländern thematisiert und darauf hingewiesen, dass es in diesem Zusammenhang wichtig sei, alle einschlägigen internationalen Foren zu mobilisieren.
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2022/03/02/>

Kommission; Konsultation zu Tierarzneimitteln

Am 03.03.2022 startete die Kommission eine Konsultation zum Vorschlag für eine Verordnung zur Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln. Laut Kommission müsse dringend gehandelt werden, um Auslegungsprobleme auszuräumen, die Rechtsunsicherheit zu beseitigen und etwaige Unterbrechungen der Versorgung mit Tierarzneimitteln zu vermeiden. Mit dem Vorschlag soll das Risiko von Tierarzneimittelengpässen vermieden werden, die sich gravierend auf die Tiergesundheit und den Tierschutz sowohl bei Nutz- als auch bei Heimtieren auswirken würden. Der Vorschlag enthält Übergangsbestimmungen, die es den Zulassungsinhabern gestatten, entsprechende Tierarzneimittel bis zum 29.01.2027 weiterhin in Verkehr zu bringen, selbst wenn sie die einschlägigen Anforderungen der Verordnung (EU) 2019/6 nicht erfüllen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13398-Tierarzneimittel-Verpackung-und-Kennzeichnung-Übergangsbestimmungen-de>

J u s t i z

EP; Entschluss zum Konditionalitätsmechanismus

In einer am 10.03.2022 mit 478 zu 155 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommenen Entschließung begrüßten die MdEP in Straßburg das Urteil des EuGH vom 16.02.2022, mit dem die von HUN und POL gegen die Konditionalitätsverordnung erhobenen Klagen abgewiesen wurden, sowie die Schlussfolgerungen des Gerichtshofs, dass die Verordnung im Einklang mit dem EU-Recht steht und die Zuständigkeiten der EU in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten (MS) bestätigt werden. Die Konditionalitätsverordnung war im Dezember 2020 verabschiedet worden. Danach können einem MS EU-Gelder gekürzt werden, wenn deren ordnungsgemäße Verwendung wegen rechtsstaatlicher Defizite nicht gewährleistet ist. Da im Europäischen Rat bei Erlass der Verordnung vereinbart worden war, dass vor Anwendung der Verordnung erst der Ausgang der seinerzeit bereits angekündigten Klagen von HUN und POL gegen die Verordnung abgewartet werden würde, sah sich die Kommission bis zum Erlass des Urteils des – klageabweisenden – Urteils des EuGH am 16.02.2022 gehindert, die Verordnung anzuwenden. Am 02.03.2022 veröffentlichte die Kommission Leitlinien zur Anwendung der Konditionalitätsverordnung. Das Europäische Parlament bringt in dem Entschluss seine Ansicht zum Ausdruck, dass es „höchste Zeit“ für die Kommission sei, ihren Pflichten als Hüterin der EU-Verträge nachzukommen und auf die anhaltenden Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einigen MS zu reagieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0074_DE.pdf

Kommission veröffentlicht Leitlinien zum Konditionalitätsmechanismus

Die Kommission hat am 02.03.2022 ihre Leitlinien zur Verordnung über eine allgemeine Konditionalitätsregelung verabschiedet, mit der der EU-Haushalt vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit geschützt werden soll. In den Leitlinien wird ausführlich erläutert, wie die Kommission die Verordnung anwenden wird und wie die Rechte der Endempfänger und Begünstigten von EU-Mitteln

geschützt werden. Die Leitlinien sollen sicherstellen, dass die dem Rat von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen angemessen und verhältnismäßig sind. Der Rat fasst dann einen endgültigen Beschluss.

https://ec.europa.eu/info/files/guidelines-application-conditionality-regulation_de

Kommission – Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen

Die Kommission hat am 08.03.2022 eine Initiative vorgelegt, die darauf abzielt, häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie werden Vergewaltigung auf der Grundlage fehlender Einwilligung, Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen sowie Cyber-Gewalt unter Strafe gestellt. Cyber-Gewalt beinhaltet die nicht einvernehmliche Weitergabe von intimen Bildern, Cyber-Stalking, Cybermobbing sowie die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass im Internet. Für Opfer soll die Möglichkeit bestehen, in Strafverfahren Entschädigung zu verlangen. Darüber hinaus werden im Rahmen des Vorschlags angemessener und spezialisierter Schutz und Unterstützung gefordert. Die neuen Vorschriften verbessern zudem den Zugang von Opfern zur Justiz und fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, eine einzige Anlaufstelle einzurichten, um alle Unterstützungs- und Schutzdienste zu zentralisieren.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/aid_development_cooperation_fundamental_rights/com_2022_105_1_en.pdf

Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 04.03.2022

Am 04.03.2022 fand unter französischem Vorsitz der Justiz-Rat in Brüssel statt. Gegenstand der Sitzung waren insbesondere folgende Themen:

- Elektronische Beweismittel: Im Mittelpunkt der Trilog-Verhandlungen steht nach wie vor die Frage, in welchen Situationen ein Staat, der vom Dienstleister einen Zugang zum elektronischen Beweis verlangt, diese Entscheidung parallel dazu dem Staat mitteilen muss, in dem der Dienstleister seinen Sitz hat (sog. Notifizierung).
- Hetze und Hasskriminalität: Der Rat hat den Vorschlag der Kommission zur Aufnahme von Hetze und Hasskriminalität in die Liste der Straftatbestände des Art. 83 AEUV (sog. eurocrimes) im Rahmen einer Orientierungsdebatte erörtert.
- Zugang zu Rechtsbeistand: Die Ministerinnen und Minister erörterten die Frage, ob die Einführung eines europäischen Rechtsanwaltsstatuts, das eine unabhängige Berufsausübung garantiert, dazu beitragen könnte, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.
- Lage in der Ukraine: Es wurde erörtert, welche Auswirkungen der Krieg in der Ukraine auf die justizielle Zusammenarbeit mit Russland und Belarus hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/03/03-04/>

EuGH – Urteil; Nießbrauchsrechte an Grundstücken in HUN

Der EuGH hat am 10.03.2021 in der Rechtssache C-177/20 (Grossmania) entschieden, dass Personen, deren Nießbrauchsrechte an landwirtschaftlichen Flächen in HUN unter Verstoß gegen das Unionsrecht entzogen wurden, auf die Wiedereintragung dieser Rechte im Grundbuch oder auf Entschädigung klagen können. Dies gilt selbst dann, wenn sie die rechtswidrige Löschung dieser Rechte nicht gerichtlich angefochten haben. In einer solchen Fallkonstellation müsse das Erfordernis der Rechtssicherheit hinter dem der Rechtmäßigkeit zurücktreten.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-177/20>

EuGH; Urteil zur Arbeitnehmerentsendung – Sanktionen bei Verstößen

Der EuGH hat am 08.03.2021 in der Rechtssache C-205/20 (Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld) entschieden, dass das nationale Gericht sich versichern muss,

dass die Sanktionen für die Verletzung von administrativen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entsendung von Arbeitnehmern verhältnismäßig sind. Das nationale Gericht könne eine nationale Sanktionsregelung anwenden, die gegen die Entsenderichtlinie verstößt, sofern es die Verhältnismäßigkeit der Sanktionen sicherstellt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-205/20>

EuGH; Schlussanträge – Lettisch als verpflichtende Unterrichtssprache an lettischen Hochschulen

Am 08.03.2022 hat Generalanwalt Emiliou seine Schlussanträge in der Rechtssache C-391/20 (Boriss Cilevičs) vorgetragen. Nach seiner Auffassung ist eine nationale Regelung, die zur Entwicklung und Förderung der staatlichen Amtssprache Hochschuleinrichtungen, die im Wesentlichen aus privaten Mitteln finanziert werden, von einigen Ausnahmen abgesehen verpflichtet, Lehrveranstaltungen ausschließlich in dieser Sprache anzubieten, mit dem Unionsrecht vereinbar, sofern sie zur Erreichung des erklärten Ziels geeignet und erforderlich ist und die betroffenen Interessen in einen gerechten Ausgleich bringt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=255261&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5058337>

EuGH; Schlussanträge - Thermo-Fenster bei Dieselmotoren

Am 03.03.2022 hat Generalanwalt Rantos seine Schlussanträge in der Rechtssache C-873/19 (Deutsche Umwelthilfe (Typgenehmigung für Kraftfahrzeuge)) vorgetragen. Nach seiner Auffassung müssen anerkannte Umweltvereinigungen eine EG Typgenehmigung für Fahrzeuge, die mit möglicherweise verbotenen „Abschalteinrichtungen“ ausgestattet sind, vor Gericht anfechten können. Darüber hinaus könne ein sogenanntes „Thermofenster“ nur unter engen Voraussetzungen zulässig sein.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254984&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4190598>

I n n e r e s

EuGH; Briten verlieren laut Generalanwalt durch Brexit die Unionsbürgerschaft

Generalanwalt Anthony Michael Collins hat am 24.02.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-673/20 vorgelegt. Danach können britische Staatsangehörige, die die Vorteile der Unionsbürgerschaft genossen haben, diese Vorteile nach dem Austritt GBRs aus der EU nicht behalten. Der Verlust dieser Rechte sei eine der Folgen der souveränen Entscheidung GBRs, aus der EU auszutreten, so der Generalanwalt. Dem Verfahren vor dem EuGH liegt die Klage einer in FRA wohnhaften Britin zugrunde, die sich gegen ihre Streichung aus dem Wählerverzeichnis zu den französischen Kommunalwahlen gewandt hat. Die Schlussanträge sind für den EuGH nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254608&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=681886>

Rat; Sondertagung der Innenministerinnen und -minister zum Angriffskrieg gegen Ukraine

Angesichts des Beginns der russischen Invasion in die Ukraine am 23.02.2022 kamen die Innenministerinnen und -minister am 27.02.2022 zu einer Sondersitzung in Brüssel zusammen. Die Minister berieten über die europäische Reaktion auf die Lage in der Ukraine. In diesem Zusammenhang wurden folgende Tagesordnungspunkte erörtert: Humanitäre Hilfe, Aktionen in den Bereichen Aufnahme und Solidarität, Schutz der

Außengrenzen und Sicherheitsfragen, Visa-Maßnahmen und Antizipation hybrider Bedrohungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/02/27/>

Kommission; operative Leitlinien zum Außengrenzmanagement

Die Kommission hat am 02.03.2022 rechtlich unverbindliche Leitlinien zum Grenzmanagement vorgelegt. Diese operativen Leitlinien sollen für aus der Ukraine flüchtende Menschen den Grenzübertritt in die EU erleichtern und gleichzeitig Grenzschützerinnen und -schützer sowie Rettungskräfte in ihrer Arbeit vor Ort unterstützen. In den Leitlinien wird ferner empfohlen, dass die Mitgliedstaaten spezielle Nothilfekorridore für humanitäre Hilfe einrichten und daran erinnert, dass die Einreise in die EU aus humanitären Gründen gestattet werden kann.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022XC0304\(10\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022XC0304(10)&from=EN)

Rat; Innen-Rat aktiviert Massenzustrom-Richtlinie

Die Ministerinnen und Minister für Inneres der Mitgliedstaaten haben am 03.03.2022 getagt. Im Fokus des Innen-Rats stand dabei die Reaktion auf die Lage in der Ukraine. Dabei erzielten die Innenministerinnen und -minister eine politische Einigung über die Aktivierung der Richtlinie über temporären Schutz. Gemäß der sog. „Massenzustrom-Richtlinie“ können Verfolgte aus der Ukraine nun unmittelbar Schutz erlangen, ohne dass sie einen Asylantrag stellen müssten. Der Schutz ist laut Richtlinie zunächst auf ein Jahr begrenzt, könnte aber auf maximal drei Jahre verlängert werden. Auf diese Weise soll der Druck auf die nationalen Asylsysteme verringert und Geflüchteten ermöglicht werden, überall in der EU harmonisierte Rechte in Anspruch zu nehmen. Hierzu zählen ein Aufenthaltstitel, Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Wohnraum, zu medizinischer Versorgung und zu Bildung für Kinder. Im Zuge der Tagung war auch der ukrainische Innenminister Denys Monastirsky zugeschaltet, der einen Lagebericht gab. Zudem haben die Ministerinnen und Minister sich erstmalig im Format des „Schengen-Rates“ ausgetauscht. Dabei diskutierten sie anhand eines Schengen-Barometers über den generellen Zustand des Schengen-Raums. Dieses konzentriert sich auf folgende Bereiche: Lage an den Binnen- und Außengrenzen, Migrationssituation innerhalb der EU, innere Sicherheit sowie Gesundheitsrisiken. Weiterhin billigte der Rat eine allgemeine Ausrichtung zu einer Verordnung des Rates zur Reform des Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus. Zudem nahmen die Ministerinnen und Minister Schlussfolgerungen an, in denen die Anpassung des Katastrophenschutzes an extreme Wetterereignisse in Folge des Klimawandels gefordert wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/03/03-04/>

Kommission; System zur Verlegung versorgungsbedürftiger Flüchtlinge gestartet

Die Kommission hat am 08.03.2022 bekanntgegeben, dass sie ein System eingerichtet habe, um Flüchtlingen aus der Ukraine, die medizinische Versorgung benötigen, schnelle Transfers zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Angesichts der sich verschlechternden humanitären Lage in der Ukraine und der Hunderttausenden von Menschen, die nach der russischen Invasion in die Nachbarländer fliehen, will sie so sicherstellen, dass Flüchtlinge und Vertriebene die benötigte medizinische Versorgung erhalten und die Gesundheitssysteme insbesondere der Ukraine-Anrainerstaaten nicht überlastet werden. Der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič betonte, dass das EU-Katastrophenschutzverfahren bereitstehe, um bei der Verlegung von Patienten zu unterstützen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ukraine-kommission-richtet-europaischen-solidaritatsmechanismus-fur-medizinische-transfers-von-2022-03-08_de

EuGH; nationale Gerichte entscheiden über Notlage i.S.d. Rückführungsrichtlinie

Der EuGH hat am 10.03.2022 in der Rechtssache C-519/20 entschieden, dass die nationalen Gerichte über das Vorliegen einer Notlage i.S.d. Rückführungsrichtlinie zu befinden haben. Gegenstand des Verfahrens war die Klage eines Pakistaners vor dem AG Hannover, der sich gegen seine Unterbringung in der JVA im Rahmen der Abschiebehaf zur Wehr gesetzt hatte. Die Unterbringung dort wäre möglich, wenn entweder generell das Trennungsgebot aus Art. 16 Abs. 1 S. 1 der Rückführungsrichtlinie von Abschiebe- und Strafhaf dort noch gewahrt wäre, oder wenn tatsächlich die für eine Ausnahme dieses Grundsatzes erforderliche Notlage vorlag. Der EuGH stellte in seiner Entscheidung allerdings klar, dass seiner Ansicht nach die Annahme einer speziellen Hafteinrichtung auch in einer herkömmlichen JVA durchaus denkbar sei – und widersprach damit der Einschätzung des Generalanwaltes (vgl. BaB 23/2021). Entscheidend sei, dass der Komplex für die Abschiebehäftlinge über eine eigene Ausstattung verfüge und von den übrigen Gebäuden der Einrichtung für die Strafgefangenen getrennt sei. Nur eine bloße räumliche Trennung innerhalb eines Gebäudes reiche nicht aus. Zudem müsste die Unterbringung der Drittstaatsangehörigen so weit wie möglich verhindern, dass sie einer Inhaftierung in einer Gefängnisumgebung gleichkommt. Allerdings käme eine gemeinsame Unterbringung von Abschiebehäftlingen und sonstigen Inhaftierten als Ausnahme zum Trennungsgrundsatz bei Vorliegen einer Notlage in Betracht. Dies setze zwangsläufig die Prüfung voraus, ob die Voraussetzungen einer Notlage gemäß der Rückführungsrichtlinie vorlagen, stellte der EuGH klar. Nur so könnten die nationalen Gerichte feststellen, ob die Rechte der Drittstaatenangehörigen gewahrt wurden. Mit behördlichen Einschätzungen dazu müsse und dürfe sich das nationale Gericht bei der Bewertung nicht begnügen. Die konkrete Entscheidung, ob die Situation in Langenhagen den Bedingungen für den Vollzug der Abschiebehaf genüge, muss im vorliegenden Fall das AG Hannover treffen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=255425&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=425693>

Bildung und Kultur

Kommission; Erasmus+; Ukraine

Die Kommission ist bestrebt, infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine Maßnahmen zu ergreifen, um Studierende, junge Menschen und Hochschulbeschäftigte aus der Ukraine zu unterstützen. Dies hat die für Erasmus+ zuständige Bildungskommissarin Mariya Gabriel in einer Mitteilung vom 03.03.2022 erklärt. Dabei können die nationalen Erasmus+-Agenturen die Klausel der höheren Gewalt auf Maßnahmen der Mobilität mit Partnerländern (International Credit Mobility Activities) anwenden, wodurch mehr Flexibilität bei der Durchführungen der Erasmus+-Projekte gewährleistet werden soll (z.B. die Verschiebung einer Mobilitätsmaßnahme). Darüber hinaus wurden die nationalen Erasmus+-Agenturen und die teilnehmenden Organisationen angewiesen, sich mit einzelnen Teilnehmenden in Verbindung zu setzen, die sich derzeit in der Ukraine oder in Russland aufhalten und planen bzw. geplant hatten, in den kommenden Wochen auszureisen. Zudem soll geförderten ukrainischen Studierenden im Ausland eine auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Unterstützung angeboten werden.

Kreatives Europa; Literaturpreis 2022; EUPL

Die Organisatoren des Literaturpreises der EU haben am 28.02.2022 die Nominierungen für den Literaturpreis 2022 bekannt gegeben. Mit dem Literaturpreis (EUPL) werden aufstrebende Schriftstellerinnen und Schriftsteller in Zusammenarbeit mit den 41 Ländern, die am Kulturförderprogramm Kreatives Europa teilnehmen, ausgezeichnet. Mit dem EUPL soll die Verbreitung von Literatur innerhalb Europas gefördert und ein größeres Interesse an internationalen literarischen Werken geweckt werden. Aus der EUPL-Selektion 2022 sind nun 14 Nominierungen (14 Autorinnen und Autoren aus 14 Staaten) hervorgegangen. Die Gewinnerinnen und Gewinner des EUPL 2022 werden am 21.04.2022 während der Eröffnungsfeier auf der Pariser Buchmesse (Salon du Livre) bekannt gegeben. Anstatt in jedem teilnehmenden Land einen Preisträger oder eine Preisträgerin auszuzeichnen, wird eine siebenköpfige europäische Jury bei dieser Ausgabe zum ersten Mal eine Gesamtsiegerin oder einen Gesamtsieger küren und fünf besondere Erwähnungen aussprechen. Der EUPL setzt sich weiterhin dafür ein, die Vielfalt der Literatur und der Kulturen zu würdigen, weshalb es das EUPL-Konsortium begrüßte, auch eine Nominierung aus der Ukraine in die Liste für 2022 aufzunehmen. Das EUPL-Konsortium verurteilte einhellig den russischen Angriff und forderte die Wiederherstellung des Friedens in der Ukraine. Der EUPL wird von dem Konsortium aus dem Europäischen Verlegerverband (FEP) und dem Europäischen und Internationalen Buchhändlerverband (EIBF) organisiert und von der Kommission unterstützt.

https://www.euprize-literature.eu/news/european-union-prize-literature-announces-2022-nominees?utm_source=website&utm_medium=twitter&utm_campaign=EUPL-2022-nominees

Informeller Kulturrat; Ukraine; Kreatives Europa

Am 07./08.03.2022 tagten auf Einladung des französischen Ratsvorsitzes die für Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister der EU in Angers. In diesem Rahmen verabschiedeten alle Ratsdelegationen eine Erklärung, in der sie ihre Solidarität mit der Ukraine bekräftigen. In der Erklärung wird die Bedeutung von Kunst, Kultur und kultureller Zusammenarbeit für die Förderung des Friedens, des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern betont. In der Erklärung bringen die Ministerinnen und Minister die Verbundenheit der EU mit dem kulturellen Erbe der Ukraine zum Ausdruck und weisen auf die mutmaßliche Rechtswidrigkeit der Zerstörung des ukrainischen Kulturerbes hin. In der Erklärung wird auch auf den Beschluss hingewiesen, den Internationalen Strafgerichtshof mit der Lage in der Ukraine zu befassen. Außerdem sollen laut der Erklärung die Einrichtungen unterstützt werden, die bereit sind, ukrainische Künstlerinnen und Künstler, Journalistinnen und Journalisten sowie Kultur- und Medienschaffende aufzunehmen. Auch die Nutzung aller verfügbaren europäischen Programme in den Bereichen Kultur, Audiovisuelles und Medien, insbesondere Kreatives Europa, soll in diesem Zusammenhang für Betroffene aus diesen Bereichen ermöglicht werden, die unter dem russischen Angriff leiden. Einhellig bekräftigen die Ratsdelegationen die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, wonach die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt wird und gefordert wird, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich einstellt.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/media/zttmq2cj/declaration-of-the-european-ministers-responsible-for-culture-audiovisual-and-media.pdf>

EP; MdEP stimmen gegen Segregation in Schulen und Fremdenfeindlichkeit in Medien

Am 08.03.2022 wurde in Straßburg mit 495 von 696 Stimmen der MdEP die Entschließung gegen Rassismus angenommen. Demnach sollen u.a. die Medien keine stigmatisierenden Darstellungen mehr verbreiten, die Angehörige bestimmter ethnischer oder rassischer Gruppen entmenschlichen. Weiterhin sollen Lehrpläne überarbeitet werden. Das EP empfiehlt den Mitgliedstaaten (MS), wirksame Strafen zu verhängen. Die Entschließung verfolgt das übergeordnete Ziel, diskriminierende Stereotypen zu bekämpfen und der Rassendiskriminierung in den MS entgegenzuwirken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220304IPR24798/gegen-segregation-in-schulen-und-fremdenfeindlichkeit-in-den-medien>

AdR; Bewerbungsaufwurf für Politiknachwuchs

Der Ausschuss der Regionen (AdR) rief am 21.02.2022 motivierte gewählte Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker dazu auf, sich für das Young Elected Politician Programm 2022 zu bewerben. Das Programm bietet jungen Menschen eine Plattform, sich mit anderen politisch engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern bezüglich Best-Practice Methoden und auch über EU-Fördermöglichkeiten auszutauschen. Das Programm verfolgt das Ziel, Europa jungen Menschen näher zu bringen, den Zusammenhalt innerhalb Europas als Grundwert zu stärken sowie krisenresistente Gemeinschaften zu etablieren. Bis zum 08.04.2022 haben junge Nachwuchspolitikerinnen und -politiker Zeit, sich für das Programm zu bewerben

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/YEP-Call-2022-Applications>

Information, Kommunikation und Medien

Rat; Sendeverbot für Russia Today und Sputnik

Die EU hat mit der Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 01.03.2022 wegen der militärischen Aggression Russlands gegenüber der Ukraine Sendeverbote gegen Russia Today und Sputnik verhängt. Diese gelten als Instrumente der russischen Regierung, um Desinformationen in Europa zu verbreiten und spielen, so die Begründung des Rates, „eine maßgebliche Rolle, um die Aggressionen gegen die Ukraine mit Nachdruck voranzutreiben und zu unterstützen und die Nachbarländer der Ukraine zu destabilisieren“. Den Betreibern von Russia Today und Sputnik wird verboten, Inhalte zu senden oder deren Sendung zu ermöglichen, zu erleichtern oder auf andere Weise dazu beizutragen, auch durch die Übertragung oder Verbreitung über Kabel, Satellit, IP-TV, Internetdienstleister, Internet-Video-Sharing-Plattformen oder -Anwendungen, unabhängig davon, ob sie neu oder vorinstalliert sind. Darüber hinaus werden alle Rundfunklizenzen oder -genehmigungen, Übertragungs- und Verbreitungsvereinbarungen ausgesetzt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R0350&from=DE>

EU – Förderprogramme

Kreatives Europa; Kultur; Innovation; Förderausschreibung

Am 01.03.2022 hat die Kommission über eine neue Ausschreibung im Rahmen vom Kulturförderprogramm Kreatives Europa informiert. Das neu konzipierte sog. „Creative Innovation Lab“ soll Akteure aus verschiedenen Kultur- und Kreativbranchen dazu anregen, innovative digitale Lösungen mit positiven langfristigen Auswirkungen auf

mehrere Kultur- und Kreativbranchen zu entwickeln und zu testen. Es soll die Entwicklung innovativer Lösungen (z. B. Tools, Modelle und Methoden) erleichtert werden, die auf den audiovisuellen Sektor und mindestens einen weiteren kreativen und/oder kulturellen Sektor anwendbar sind. Das Projekt muss nicht unbedingt unmittelbar auf den audiovisuellen Sektor zugeschnitten sein, sondern kann auch als Modell dienen, wenn es leicht in die audiovisuelle Branche übertragen werden kann. Die diesjährige Ausschreibung verfolgt neben bewährten Zielen des Programms auch thematische Ansätze, wie die Ökologisierung des Kreativ- und Kultursektors und innovative Bildungsinstrumente, um gesellschaftliche Themen anzugehen. Ein Gesamtbudget von 13,64 Mio. EUR wird bereitgestellt und die ausgewählten Projekte werden bis zu 24 Monate gefördert. Die Antragstellenden müssen ein Konsortium aus drei Partner-Organisationen darstellen und aus einem MEDIA Mitgliedsland sein. Die Bewerbungen müssen über das „Funding and Tenders“- Portal bis zum 07.09.2022 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-cross-2022-innovlab;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1,0;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=2021%20>

Kommission; Horizont Europa; Förderausschreibungen Innovation

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 04.03.2022 über neue Ausschreibungen informiert. Das EIT ist eine feste Komponente in der dritten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa mit Innovationsbezug. Das EIT hat bekannt gegeben, dass die Ausschreibungen der Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) ab jetzt über das Funding & Tenders Portal der EU unter der Rubrik "Competitive calls and calls for third parties" veröffentlicht worden sind. Das EIT ist eine EU-Initiative zur Förderung der Innovation in ganz Europa. Ziel ist es, durch die Einbeziehung von Unternehmen und Bildungs- und Forschungseinrichtungen Lösungen für dringliche globale Herausforderungen hervorzubringen. Die Aktivitäten der Innovationsgemeinschaften decken die gesamte Innovationskette ab: Schulungs- und Ausbildungsprogramme, Unterstützung von der Forschung bis zur Markteinführung, Innovationsprojekte, Inkubatoren und Akzeleratoren für Unternehmen.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/competitive-calls>

Kommission; Horizont Europa; EIC; Europäische Innovationshauptstadt

Am 03.03.2022 hat die Bewerbungsfrist für die achte Ausgabe des Preises „Europäische Innovationshauptstadt“ begonnen. Die Auszeichnung, die vom Europäischen Innovationsrat (EIC) im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont Europa unterstützt wird, würdigt die Rolle der Städte bei der Gestaltung lokaler Innovationsökosysteme und bei der Förderung bahnbrechender Innovationen. Bei dem Wettbewerb werden sechs Preise im Gesamtwert von 1,8 Mio. EUR für die zwei Kategorien „Europäische Innovationshauptstadt“ und „Aufstrebende innovative Stadt“ vergeben. Dabei bewerten zwei Jurys, bestehend aus unabhängigen Expertinnen und Experten, anhand verschiedener Kriterien die Bewerberstädte. Die Gewinnerstädte und Zweitplatzierten erhalten ein Preisgeld, abhängig von der jeweiligen Kategorie, um weiterhin Innovationen und Forschung voranzutreiben. Um sich bewerben zu können, müssen die Städte in einem der Mitgliedstaaten oder einem mit Horizont Europa assoziierten Land liegen. Außerdem muss die Bewerberstadt für die Kategorie „Europäische Innovationshauptstadt“ eine Mindestbevölkerung von 250.000 Einwohnern haben. Bewerbungen können bis zum 30.06.2022 eingereicht werden.

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung „Arbeitsfrühstück Kreditwirtschaft“ mit MdEPs

Am 02.03.2022 lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit der Deutschen Kreditwirtschaft zum finanzpolitischen Arbeitsfrühstück der Deutschen Kreditwirtschaft in die Landesvertretung in Brüssel ein. Europastaatssekretär Uwe Becker hob in seiner Begrüßung die Bedeutung einer Anti-Geldwäsche-Behörde mit einer EU-weiten Aufsichts- und Koordinierungsfunktion hervor, wozu der Finanzplatz Frankfurt die besten logistischen und technischen Voraussetzungen mitbringe. Hinsichtlich der Umsetzung von Basel III sei es zudem äußerst wichtig, dass der Mittelstand nicht unnötig belastet werde und die Finanzierung der Realindustrie auch hinsichtlich der Eigenkapitalanforderungen jederzeit gewährleistet bleibe. In der von Kolja Gabriel (Bankenverband) moderierten Diskussion vertrat MdEP Ralf Seekatz (EVP/DEU) die Auffassung, dass eine EU-weite Anti-Geldwäschebehörde selbstverständlich nur nach Frankfurt kommen könne. MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU) wies auf die Gefahr eines von Russland und China entwickelten eigenen SWIFT-Systems hin und sprach sich gleichzeitig gegen eine Verlängerung der Übergangsfristen von Basel III und für faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Finanzindustrie aus. MdEP Rasmus Andresen (Grüne/DEU) und MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) bewerteten den Legislativvorschlag der Kommission zur endgültigen Umsetzung von Basel III grundsätzlich positiv. Weitere Gäste waren MdEP Malte Gallée (Grüne/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) und Dr. Sebastian Thomasius (Ständige Vertretung DEUs bei der EU).

Gespräch der Deutschen Kreditwirtschaft mit Generaldirektor Thomas Westphal, Rat der EU, ECOFIN

Am 02.03.2022 fand ein Gespräch zwischen der Deutschen Kreditwirtschaft und Generaldirektor Thomas Westphal in der Landesvertretung statt, an dem auch Europastaatssekretär Uwe Becker teilnahm. Staatssekretär Becker warb in seiner Begrüßung erneut für die Ansiedlung der noch zu schaffenden Anti-Geldwäschebehörde in Frankfurt. Thomas Westphal berichtete über den aktuellen Stand der Sanktionen gegenüber Russland. In Bezug auf die Vollendung der Bankenunion stellten sich weiterhin Fragen der Einheitlichkeit im Steuer- und Insolvenzrecht. Abschließend ging Westphal auf die sogenannten „unrated Cooperates“ ein, die auch nach Umsetzung von Basel III weiterbestehen würden.

European International Women's Leadership Award 2022

Eine Anerkennung für Courage und Engagement: Die Vizepräsidentin des EP, Nicola Beer (RN/DEU), hat am 02.03.2022 in der Hessischen Landesvertretung sieben Frauen mit herausragenden Karriereverläufen den "European International Women's Leadership Award 2022" überreicht. Trotz gesellschaftlicher Hindernisse setzen sich Frauen aus der ganzen Welt besonders erfolgreich für Veränderungen im Bildungswesen, in der Politik, in der Wirtschaft und anderen Bereichen ein. In diesem Jahr gingen die Preise an Frauen mit außergewöhnlichen Karriereverläufen aus verschiedenen Herkunftsländern. Diesjährige Preisträgerinnen sind: Chantal Hemerijckx (BEL), Thao Kilbee (Vietnam), Marie-Dolorès Maboula (DR Kongo), Monique Ouassa Kouaro (Benin), Rita Ricketts (GBR), Jamila Sedqi (Marokko) und Svetlana Spaic (Serbien, Paris). Zu Beginn der Veranstaltung wurde eine

Schweigeminute zum Gedenken an die Menschen, die den furchtbaren Krieg in der Ukraine erleben müssen, eingelegt. Im Anschluss beschrieb die Ukrainerin, Kateryna Musiienko, die Situation der Menschen in der Ukraine und zog Parallelen zwischen den Preisträgerinnen und der ukrainischen Bevölkerung. Beide würden in diesen Zeiten der anhaltenden Ungerechtigkeiten großen Mut beweisen, indem sie sich diesen widersetzen und durch ihr Wirken für ihre Überzeugungen eintreten. Der Hessische Europastaatssekretär Uwe Becker drückte zunächst ebenfalls das alles überdeckende Entsetzen wegen des schrecklichen Krieges in der Ukraine aus. Sodann hob er die Bedeutung dieser Preisverleihung als Würdigung eines langen Kampfes für die gesellschaftliche Anerkennung der Frauen hervor. Die Preisträgerinnen hätten Mut bewiesen mit ihrem unermüdlichen Einsatz für ihre Überzeugung von Vielfalt und Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Auch der Initiator und Präsident des „International Women’s Leadership Forums“, Radouan Bachiri, lobte die Frauen als herausragende Persönlichkeiten, die durch ihr Wirken in der Lage sind, Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen. Frank Schwalba-Hoth, ehemaliger MdEP und ehemaliger Abgeordneter des Hessischen Landtags, moderierte die Veranstaltung.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

24./25.03.2022 Tagung der Staats- und Regierungschefs

Rat

14.03.2022	Euro-Gruppe
14.03.2022	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“
15.03.2022	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit
15.03.2022	Rat „Wirtschaft und Finanzen“
17.03.2022	Rat „Umwelt“
18.03.2022	Informelle Konferenz der für Tourismus zuständigen Ministerinnen und Minister
21.03.2022	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ und Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung)
21.03.2022	Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
22.03.2022	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

Europäische Kommission

16.03.2022	Überprüfung der zentralen Wertpapierverwahrungsstellen
23.03.2022	<ul style="list-style-type: none"> • Naturschutz-Paket <ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltiger Einsatz von Pestiziden - Überarbeitung der EU-Vorschriften

- Schutz der biologischen Vielfalt: Ziele für die Wiederherstellung der Natur
- Erschwingliche Lebensmittel und ein faires landwirtschaftliches Einkommen: Stärkung der Widerstandsfähigkeit des EU-Lebensmittelsystems

Europäisches Parlament

Plenartagung
vom 23.-24.03.2022

- Nachbesprechung der Sitzung des Europäischen Rates in Paris am 10.03.2022 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24./25.03.2022 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Erklärungen des Rates und der Kommission - Dringender Bedarf an einem EU-Aktionsplan zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit innerhalb und außerhalb der EU angesichts der russischen Invasion in der Ukraine
- Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen
- Die Lage in Afghanistan, insbesondere die Lage der Frauenrechte - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- „Suisse Secrets“ – Wie Drittländern Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche auferlegt werden können - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Die Lage ausgegrenzter Roma-Gemeinschaften in der EU - Erklärung der Kommission
- Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau
- Roamingverordnung (Neufassung)
- Aktuelle Informationen der Kommission und des Rates über den Stand der Modernisierung des Vertrags über die Energiecharta - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- EDV-System für die grenzüberschreitende Kommunikation in Zivil- und Strafverfahren (e-CODEX)
- Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit ITL
- Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten in ITL
- Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in ITL
- Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Griechenland
- Abkommen EU/Brasilien: Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten
- Abkommen EU/Brasilien: Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen, Dienstpässen oder sonstigen

amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten

- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2021/007 FR/Selecta – FRA
- Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021–2027 - Entschließungsanträge

Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht

Europäischer Gerichtshof

15.03.2022	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-302/20 <i>Autorité des marchés financiers</i> Weitergabe von Insiderinformationen – Pressefreiheit
15.03.2022	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-61/21 <i>Ministre de la Transition écologique und Premier ministre</i> (Staatshaftung für Luftverschmutzung) Staatshaftungsklage wegen Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung
17.03.2022	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-232/20 <i>Daimler</i> Rechte von Leiharbeitnehmern
17.03.2022	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-624/20 <i>Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid</i> (Natur des Aufenthaltsrechts nach Artikel 20 AEUV) Aufenthaltsrecht des drittstaatsangehörigen Elternteils eines minderjährigen EU-Bürgers
17.03.2022	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-518/20 <i>Fraport</i> und C-727/20 <i>St. Vincenz-Krankenhaus</i> Verfall von Urlaubsansprüchen bei Krankheit bzw. voller Erwerbsminderung
22.03.2022	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-508/19 <i>Prokurator Generalny</i> (Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts – Ernennung) Richterliche Unabhängigkeit
22.03.2022	Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-117/20 <i>bpost</i> und C-151/20 <i>Nordzucker</i> Verbot der Doppelbestrafung: Postregulierungsrecht – Wettbewerbsrecht

- 24.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-433/20
Austro-Mechana
Speichermedienvergütung bei Cloud computing?
- 24.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-533/20
Upfield Hungary
Notwendige Angaben bei Zusatz von Vitaminen zu
Lebensmitteln
- 24.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-111/21 Laudamotion
Haftet Fluglinie für psychische Folgen einer Evakuierung?
- 24.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof der
Rechtssache C-720/20 DEU (Außerhalb des
Aufnahmemitgliedstaats geborenes Kind von Flüchtlingen)
Dublin-III- Verordnung – Zuständigkeit für die Prüfung eines
Asylantrags
- 24.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der
Rechtssache C-120/21 LB (Verjährung des Anspruchs auf
bezahlten Jahresurlaub)
Verjährung von Urlaubsansprüchen

Europäisches Gericht

- 16.03.2022 Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-
684/19 MEKH / ACER und T-704/19 FGSZ / ACER
(Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in
Fernleitungsnetzen)
HUAT-Projekt für Gasfernleitungsanbindung zwischen HUN
und AUT
- 17.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der
Rechtssache T-113/17 Crédit agricole und Crédit agricole
Corporate and Investment Bank / Kommission
Euro-Zinsderivate-Kartell
- 18.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der
Rechtssache T-106/17 JPMorgan Chase u. a. / Kommission
Euro-Zinsderivate-Kartell

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 25.03.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA